

Rundbrief 2023

Dezember 2023



Dem Leiden ein Ende setzen ...



INHALT	Seite
Weihnachts- und Neujahrsgruß	03
Afghanistan	
Buchvorstellung Matin Baraki	06
Ukraine	21
Israel – Palästina	27
Menschenrechte	36
75 Jahre pax christi in Deutschland	
Rad-Pilgern und Jubiläums-Kongress 2023	37
Bolivien-Partnerschaft	42
Kontaktdaten des Vorstands	47

IMPRESSUM



pax christi diözesanverband trier
RUNDBRIEF 2023 – Dezember 2023

Redaktion: Diözesanvorstand, c/o Albert Ottenbreit
Riegelsberger Straße 25, 66113 Saarbrücken
Fon: 0681. 68 60 55 92 Mobil: 0160. 27 55 247
E-Mail: albert.ottenbreit@web.de

Spenden-/Konto: pax christi dv trier
IBAN: DE 08 3706 0193 3002 9020 19 BIC: GENODED1PAX

Mehr Informationen: www.trier.paxchristi.de



Weihnachts- und Neujahrsgruß

Das „Kriegslied“ (1778) des deutschen Lyrikers Matthias Claudius ist eine starke Anklage gegen den Krieg und sein Leid, zugleich aber ist es auch ein Ausdruck der persönlichen moralischen Zerrissenheit und des Wunschs, nicht an diesem Leid beteiligt zu sein, trotz der erkennbaren Unvermeidbarkeit und Präsenz der gewaltvollen Auseinandersetzungen.

's ist Krieg! 's ist Krieg! O Gottes Engel wehre,
Und rede Du darein!
's ist leider Krieg – und ich begehre,
Nicht schuld daran zu sein!

Was sollt ich machen, wenn im Schlaf mit Grämen
Und blutig, bleich und blaß,
Die Geister der Erschlagenen zu mir kämen,
Und vor mir weinten, was?

Wenn wackre Männer, die sich Ehre suchten,
Verstümmelt und halb tot
Im Staub sich vor mir wälzten und mir fluchten
In ihrer Todesnot?

Wenn tausend tausend Väter, Mütter, Bräute,
So glücklich vor dem Krieg,
Nun alle elend, alle arme Leute,
Wehklagten über mich?

Wenn Hunger, böse Seuch und ihre Nöten
Freund, Freund und Feind ins Grab
Versammelten, und mir zu Ehren krächten
Von einer Leich herab?

Was hülft mir Kron und Land und Gold und Ehre?
Die könnten mich nicht freun!
's ist leider Krieg – und ich begehre,
Nicht schuld daran zu sein!

Ja liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Auch ich, auch wir begehren nicht schuld zu sein am Krieg, den Russland mit großer Härte gegen die Ukraine führt, und schon gar nicht an dem Terror und Krieg in Israel und Palästina.

Aber sind wir nicht fein raus? Russland führt einen Angriffskrieg, die Hammas verübt Terrortaten und so sind die Schuldigen doch offenbar? Die Täter sind benannt und alle anderen Opfer?

Wir in der Friedensbewegung werben mit Analysen, Resolutionen und Appellen für Diplomatie und Deeskalation. Und wir stehen grundsätzlich gegen Krieg und Gewalt. Also wer könnte uns schuldig sprechen? Ich zitiere aus den zahlreichen Reaktionen, die pax christi erreichen: „Unendlich viele unschuldige Männer, Frauen und Kinder erfahren unermessliches Leid, und Sie fabulieren von „Deeskalation“? Haben Sie kein Mitleid mit diesen Menschen? Ist Ihnen egal, ob man Täter oder Opfer ist. Sehen Sie nicht den Unterschied zwischen Pazifismus und Defätismus? Wozu ist PAX CHRISTI überhaupt da? Wie rechtfertigen Sie Ihre eigene Existenz? Ihre Ignoranz, Ihre Kaltherzigkeit, Ihre Selbstgefälligkeit sind traurig und gleichzeitig zutiefst erschütternd.“

Also bin ich Mittäter, weil ich Pazifist bin und nicht nur eine einzige Kriegsursache sehe? Weil ich weiterhin militärische Gewalt und Krieg nicht als Lösung akzeptieren kann? Die Vorwürfe sind für mich nicht neu, aber immer wieder schmerzlich und herausfordernd.

Auch aus den eigenen Reihen werden wir kritisch begleitet:

„Danke, dass du dich für den Frieden einsetzt, aber sei achtsam, was du vor wem zum Ausdruck bringst. Die „Opfer“ brauchen meiner Meinung nach jetzt unsere uneingeschränkte Solidarität und keine Aufforderungen nach unseren Idealen und Wünschen zu handeln.“

Die „fehlende Klarheit in der Verurteilung des Terrors gegen Israels verbunden mit einer Auflistung israelischer Fehler läuft Gefahr der Täter-Opfer-Umkehr in der aktuellen Situation und suggeriert, dass Israel sich angesichts seiner verfehlten Politik nicht zu wundern brauche über den palästinensischen Terror. Es fehlt außerdem jedes kritische Wort gegenüber den Teilen der Pro-Palästina-Bewegung, die den Terror gegen die israelische Zivilbevölkerung offen feiern und als legitimen Widerstand ideologisieren.“

Als Friedensaktivist in pax christi trete ich weiter für Gewaltfreiheit ein. Dazu müssen meine Mitmenschen davon überzeugt werden, dass dies sinnvoll, Opfer vermindern und erfolgreich möglich ist und dann mit mir für eine Abschaffung des Militärs eintreten. Erst wenn eine Mehrheit in der Gesellschaft für eine alternative soziale Verteidigung eintritt, kann die im Grundgesetz festgeschriebene militärische Verteidigung ersetzt werden. Vorher ist zwar eine persönliche oder gruppenbezogene Alternative im Einzelnen möglich, aber allenfalls komplementär zur militärischen Verteidigung. Während die militärische Verteidigung bzw. Kriegsführung auch von einem Diktator aufgezwungen werden kann, ist das bei einer sozialen Verteidigung nur schwer möglich, sondern diese braucht gerade die geschlossene Unterstützung durch möglichst viele Menschen, die aus innerer Überzeugung handeln. Aus diesem Grund wird oft bezweifelt, dass es realistisch zu einer solchen Praxis kommen kann.

Um einen auf Ordnung und Gerechtigkeit gründenden Weltfrieden zu erreichen, erfordert dies auch einen anderen geschwisterlichen Lebensstil, eine andere allgemein geltende Gesetzgebung und andere Überzeugungen in der Gesellschaft, Religions- und Gedankenfreiheit, um Kriegsursachen zu vermindern. Auch für eine umweltgerechte, an den Grundbedürfnissen aller orientierte, gerechte Wirtschaft einzutreten, vermindert das Kriegsrisiko und fördert den Frieden. Ein auf Kapitalanhäufung, Gewinnmaximierung und grenzenlosem Wachstum beruhendes, ungerechtes und ausbeuterisches Wirtschaftssystem ist in sich unsozial und kann nicht sozial verteidigt werden.

Friedensarbeit bedeutet für mich, diese Zusammenhänge aufzudecken, für Veränderungen einzutreten und diese politisch umzusetzen.

**Ich wünsche allen ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein gutes Neues Jahr**

Euer Hope

Albert Hohmann

Afghanistan – Revolution. Intervention. 40 Jahre Krieg

Um Afghanistan ist es in der öffentlichen Wahrnehmung sehr still geworden. Nur gelegentlich wird auf die Rolle der Frauen im Land oder auch von den Ortskräften berichtet. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der gebürtige Afghane Dr. Matin Baraki, der in Marburg Internationale Politik lehrt, ein Buch über die Geschichte Afghanistans seit dem 2. Weltkrieg geschrieben hat. Am 19.09. referierte er zum Thema in der AGF in Trier. Sein Hauptaugenmerk legte er dabei auf die geopolitischen Hintergründe der dortigen Kriege. Die USA wollten verhindern, dass in der Region ein neues Chile entstehen könnte und wollten jeden Dominoeffekt in Richtung Naher Osten oder Pakistan/ Indien verhindern. Auch die Sowjetunion wollte an seiner Grenze kein feindliches Regime wissen und hat deswegen nach langem Bitten die Revolutionsregierung in Afghanistan unterstützt.

Die wechselvolle Geschichte setzt in der Zeit der Monarchie an und endet mit dem Abzug des Militärs der USA und der weiteren westlichen Mächte, darunter auch der Bundeswehr, und der Machtübernahme durch die Taliban.

Nachkriegsjahre

Baraki kennzeichnet die Afghanische Gesellschaft in der Nach-kriegszeit als sozialökonomisch rückständig. Es „herrschten feudale und teilweise sogar vorfeudale Verhältnisse“, was besonders für das Land galt. Die wirtschaftliche Situation des Landes war prekär. „Das niedrige Niveau der nationalen Industrieproduktion, die nur 10% des eigenen Bedarfs deckte, und Beschäftigung der Bevölkerung in der Landwirtschaft hatten eine rapide

Verschlechterung der Lebensverhältnisse aller Werktätigen sowohl auf dem Lande als auch in den Städten zur Folge.“ Verschiedene Regierungs-umbildungen und auch Umwandlung der Monarchie in eine konstitutionelle konnten die mangelnde Entwicklung nicht beheben. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte zu ersten Unruhen. Die Intellektuellen forderten „grundlegende Reformen im politischen und sozialen Leben des Volkes“.

Beginn der stillen Revolution

1947 gründete sich die Vereinigung Wache Jugend (Wech Zalmian) und forderte in einer Erklärung die Abschaffung überholter Bräuche, die Bekämpfung der Korruption und die Entwicklung des Bildungs-wesens. 1949 gab es einen ersten Misstrauensantrag gegen die Regierung. 1950 gründete Babrak Karmal einen Studentenverein. 1951 erhielten politische Gruppierungen die Möglichkeit, Presse-organe zu veröffentlichen. Die neugegründete Volkspartei forderte u.a. die Lösung der sozialen Frage, Pressefreiheit, unabhängige Gerichtsbarkeit, Bildung für alle. Ihr Gründer Mahmudi wurde verhaftet und starb kurz nach seiner Entlassung. Die Wahlen wurden so beeinflusst, das nur Unterstützer der Regierung gewählt wurden. Die Proteste wurden mit der Verhaftung der Anführer beendet. Nach der Haft ließen sich manche von der Regierung vereinnahmen, andere zogen sich zurück.

Die revolutionäre Umgestaltung

1964 konnte dann eine neue Verfassung, die nun eine konstitutionelle Monarchie einführte, und ein neues Wahlgesetz beschlossen werden. Die Dynastie wurde von politischen Funktionen ausgeschlossen. Unter Berufung auf diese Verfassung traten alle politischen Richtungen mit ihren Programmen an die Öffentlichkeit. Marxistisch orientierte Kräfte gründeten 1965 die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA), die sich als Partei der Arbeiterklasse verstand. Das Dokument 1 im Anhang enthält Grundsatzprogramm (vgl. auch Dokument 2 zu Strategie und Taktik und Dokument 3 zu Grundlinien der revolutionären Aufgaben der Regierung).

In der Regierung strebte man allerdings ein Zweiparteienlösung an und verhängte eine Sperrklausel für kleine Parteien. Bei der Wahl 1969 waren politische Parteien nicht zugelassen. So stellten Großgrundbesitzer, Stammesführer und Kaufleute mit administrativer Unterstützung das Gros der

neuen Abgeordneten. Nur einzelne Mitglieder der DVPA zogen 1965 (4), 1969 (2) in das Parlament ein.

Die sozioökonomische Situation verschlechterte sich trotz ausländischer Unterstützung, die nur zu einer größeren Verschuldung führte. Die Hungersnot 1971/72 mit über einer Millionen Toten führte letztlich zur Entscheidung. Der DVPA zugehörige Offiziere putschten zum ersten Mal und übergaben die Regierung an den ehemaligen Ministerpräsidenten Daud, der aber keine Reformen zustande brachte.

Aprilrevolution

Baraki schreibt: „Festzustellen bleibt, dass keine Regierung von Afghanistan bis zur Aprilrevolution 1978 auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. ... (sie) waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgendeine substantielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben.“ Auch die Gesundheitssituation war katastrophal, wie besonders die hohe Kindersterblichkeit zeigte.

So kam es am 28. April unter Führung der DVPA-Offiziere erneut zum Aufstand, die deren Parteiführung befreite und der Parteiführung die Staatsführung mit Taraki als Ministerpräsidenten übergab.

Im ersten Kapitel des Buches geht Baraki ausführlich auf die Theorie einer nationaldemokratischen Revolution ein. Er zeigt auf, wie schon Marx einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg reflektiert hat. Er und auch Engels sahen die Möglichkeit den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu verkürzen. Marx rekurriert auf eine nationale Selbständigkeit wie in Russland. Engels sieht als Voraussetzung für andere Völker den Sieg des westeuropäischen Proletariats über die Bourgeoisie. Nach Kontroversen dazu in der Internationalen Arbeiterassoziation wurde innerhalb der Kommunistischen Internationale die Frage der nationaldemokratischen Entwicklung bei unterentwickelten Ländern weiter verfolgt. Lenin „betonte, die Notwendigkeit einer Einheitsfront aller anti-imperialistischen Kräfte in den Kolonien ein, also ein breites Bündnis einschließlich der Nationalbourgeoisie“. Auf späteren Kongressen der Kommunistischen Internationale wurde die Notwendigkeit der antiimperialistischen Einheitsfront unterstrichen. Als Kernelemente einer

Nationaldemokratischen Revolution benennt Baraki unter anderem die genaue Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse des jeweiligen Landes, die Berücksichtigung der objektiven und subjektiven Faktoren, die Bündnisfrage, eine demokratische Bodenreform, die Alphabetisierung der ganzen Bevölkerung, die Stellung der Frau in der Gesellschaft.

In den Führungsgremien der DVPA war die Umsetzung der nationaldemokratischen Revolution strittig. Die Fraktion um Karmal setzte auf gesellschaftliche Veränderungen und auf ein national-demokratisches Bündnis, die von Amin und Taraki (vgl. Dokument 3) auf schnelle Machtübernahme. Nach seiner Entlassung durch das Politbüro wurden wohl von Amin Kontrahenten ausgeschaltet. Nach den Reden von Taraki und Karmal bei der Beerdigung des ermordeten Chaibar, ließ die Regierung Daud diese verhaften. Das war das Signal für den Aufstand.

Das historische Versagen der DPVA

Schon nach der Entstehung der Partei führten ideologische Fragen und persönliche Rivalitäten zu einer Spaltung, die erst 1977 formal beendet wurde. „Nach dem erfolgreichen Umsturz vom 27. April 1978 begann die Revolutionsregierung unmittelbar mit der Umsetzung von Reformmaßnahmen, wie die Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten(...), der Bodenreform (... vgl. Dokument 4) wie mit einer umfassenden Alphabetisierung, um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen“. Dabei kam es vor allem auf dem Land zu schwerwiegenden Fehlern, weil die Reformen erzwungen wurden und Mädchen und Frauen gemeinsam mit Jungen und Männern Unterricht erhielten. Ebenfalls kam es bei der Bodenreform zu Fehlern. Die Bauern waren nicht vorbereitet. Zudem machten die Stammesstrukturen mit Großgrundbesitzern als gleichzeitigen Stammes- und Religionsführern eine Bodenzuteilung an die Stammesmitglieder problematisch. Die Großgrundbesitzer und Feudalherren lösten dann auch die Konterrevolution aus.

Ein weiterer Fehler bestand darin, die Regierungsfunktionen allein an Parteimitglieder zu vergeben, ähnlich war es bei Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauenverbänden und Jugendorganisationen. Die Bündnispartner kamen zu kurz und wurden passiv.

Innerhalb der Partei wurde die vorherige Spaltung wieder virulent. Die Fraktion um Karmal wurde entmachtete, Parteimitglieder verfolgt und ermordet, so auch Taraki. „Es entstand ein Klima der Angst, des Duckmäusertums und des Opportunismus. ...Die Folge davon war, dass Personen in die Führung von Partei und Staat aufstiegen, die der Revolution den Todesstoß versetzen konnten.“

„Afghanistan beschritt einen Irrweg über Bergen von Leichen und grenzenlose Zerstörung und grenzenlose Zerstörung vom Feudalismus zu Klerikal-Feudalismus mit mafïösen Strukturen, verlor dabei seine politische und nationale Souveränität und wurde zum Protektorat des internationalen Imperialismus unter Führung der USA.“ Gewinner war die Handelsbourgeoisie, letztlich die Frauen wiederum Verlierer.

Die Sowjetunion in der afghanischen Falle

Alle diese Punkte stärkten die Konterrevolution. „Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, dass sowjetische Militärhilfe unumgänglich wurde, um zu verhindern, dass Afghanistan zu einem zweiten Chile gemacht wurde. Aus einer Mini-Revolution wurde eine Mega-Konterrevolution“. So genannte Freiheitskämpfer (Mudjahedin) führten einen erbarmungslosen Kampf gegen die Regierung und ihre Reformen. Vor allem wurden Bildungseinrichtungen zerstört. Seit der Aprilrevolution 1978 hatten sie ihre Zentralen und Ausbildungslager in Pakistan, das sie tatkräftig unterstützte, wo sie aber auch „amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe“ erhielten. Diese „Unterstützungshandlungen für die Organisation des Bürgerkrieges, wie sie von verschiedenen Staaten vom Boden Pakistans geleitet werden“ ist als Verstoß gegen das geltende Interventionsverbot des Völkerrechtes zu werten. Die Selbstverteidigung auch mit Hilfe sowjetischer Truppen war daher legitim. Um diese Hilfe musste die afghanische Regierung 21 mal bitten, ehe sie im Dezember 1979 die Entsendung von Truppen zusagte. Nach der Entscheidung in Deutschland Mittelstreckenraketen (Pershing II) zu stationieren, sah die Sowjetunion auch ihre eigene Sicherheit gefährdet. Allerdings sollte die Unterstützung kurzfristig sein. Da die afghanische Regierung nicht in der Lage war, das Land zu stabilisieren, wurde die Sowjetunion immer tiefer in den „politischen Sumpf“ hinein-gezogen. (vgl. Dokumente 5 und 8-16).

Auf der anderen Seite hatte schon im Juli 1979 die „größte Geheimoperation“ des CIA begonnen (vgl. auch Dokument 7). Es wurden „etwa 35 000 radikale Islamisten aus über 40, meist islamisch geprägten Ländern zu schlagkräftigen, bewaffneten Organisationen umstrukturiert und auf Afghanistan losgelassen.“ Auch der ägyptische Prediger Abdul Rahman und der Al-Quida Chef Osama bin Laden waren dabei. Der Kampf wurde mit über 2 Milliarden Dollar und Kriegsgerät unterstützt, wobei der größte Teil an Gulbuddin Hekmatyar ging. „Dieser umfangreiche und vielfältige Einsatz der USA und ihrer Verbündeten gegen die afghanische Revolution hing mit der geografischen Lage des Landes zusammen – unmittelbar an der sowjetischen und iranischen Grenze und nur einen Katzensprung entfernt von den Ölreichtümern des Nahen Ostens. Afghanistan durfte keinesfalls Schule machen.“

Gorbatschows erstes Geschenk an den Westen

Auf Veranlassung Gorbatschows löste Nadjibullah Karmal als Vorsitzender des Revolutionsrates ab und wurde die DVAP sozial-demokratisiert und hieß jetzt Hesperia (Partei der Heimat). Ebenso wurde der Abzug der sowjetischen Armee angeordnet und bis zum 15.02.1989 vollzogen. Die Mudschahedin kontrollierten weite Teile des Landes aber keine Stadt, sodass die Exilregierung in Pakistan nicht übersiedeln konnte. Aufgrund ihrer Querelen machten Mudschahedin-Kommandanten sich daran in den jeweiligen Gebieten eigene Verwaltungen aufzubauen. Versuche der Konterrevolutionäre Städte zu erobern, scheiterten kläglich. Nadjibullah flüchtete in die UN-Vertretung, wo er 1996 ermordet wurde. Ihm war es nicht gelungen, die Cliques und Fraktionen der Partei zu einen. So verlor auch die Autorität bei den Streitkräften. 1992 wurde Kabul kampflos den Konterrevolutionären überlassen. Modjadedi, der Präsident der Exilregierung wurde erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan. Es gelang nicht, das Land gemeinsam zu regieren und der Krieg setzte sich fort. Der Krieg zwischen den Gruppen der Islamisten traf die Bevölkerung und das Land außerordentlich. Man zählte bis zu 4000 Toten und 200.000 Verletzte. Die Städte allen voran Kabul waren dem Erdboden gleich gemacht.

Die Taliban

Seit Mitte der 80-iger Jahre waren sie im Nordosten Afghanistans als Kampftruppe aufgestellt. In den religiösen Schulen (Madrassa) wurden sie religiös fundamentalistisch und militärisch ausgebildet. Sie wurden von Saudi Arabien und Pakistan finanziert und von dessen Geheimdienst ISI eingesetzt.

Baraki nennt drei Gründe für deren Einsatz:

1. Die USA waren wegen der Bodenschätze (Öl, Gas) aus Mittel-asien, die durch Afghanistan in Pipelines zum Indischen Ozean gebracht werden sollten, an einem stabilen Afghanistan interessiert. Da die Mudjahedin dazu nicht in der Lage waren, setzte man auf die Taliban.

2. Hinzu kam das strategische Interesse Pakistans unter anderem wegen der mittelasiatischen Märkte, das Land unter seinem Einfluss zu halten. So unterstützte Pakistan auch militärisch.

3. Saudi-Arabien und die USA wollten eine ideologische Beeinflussung durch den Iran verhindern.

Nachdem auch die Taliban keine befriedigendes Ergebnis für die wirtschaftlichen Projekte erzielen konnten, wurde Afghanistan als Terroristen-Sumpf angesehen. Der 21.09.2001 mit seinen Attentaten in New York und Washington machten die Taliban und Osama bin Laden zu Erzfeinden der USA. Offensichtlich haben Islamisten aus zahlreichen Ländern in Afghanistan gesammelt und sie später in anderen Ländern als „Afghanen“ angewandt. Eine Internationale der Islamisten war entstanden.

In den USA wurde von den sogenannten Neocons die „Greater Middle East Strategie“ entwickelt, die dazu führte, in sieben weiteren Ländern im Nahen und mittleren Osten „regime change“ zu initiieren.

Für ein militärisches Eingreifen in Afghanistan hatten die USA kein Mandat Sicherheitsrates erhalten, aber dieser verabschiedete eine Resolution, in der die Anschläge verurteilt wurden und die Staaten-gemeinschaft aufgefordert wurde, die Drahtzieher der Anschläge und ihre Unterstützer zur Verantwortung zu ziehen. Die USA beriefen sich für ihren Krieg auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta. Einen von den Taliban geforderten Beweis für

die Planung der Anschläge durch Bin Laden, der sich in Afghanistan aufhielt, legten sie nicht vor. Er wurde dann 2011 von amerikanischen Soldaten unter Video-Verfolgung von Präsident Obama und der USA-Regierungsspitze in Pakistan hingerichtet.

Eine Brigadegeneralin bezeichnete als Amerikas schlimmste Kriege die in Afghanistan und dem Irak.



Afghanistan nach dem Petersberg

Ende 2001 wurden Gespräche über die Zukunft Afghanistans geführt, zu denen 4 afghanische Delegationen eingeladen waren. Unter der Maßgabe der USA wurde Hamid Karsai, Berater beim Ölpipelineprojekt und ein Mann mit CIA-Kontakten zum Interims-präsidenten ernannt. Durch die Integration der ehemaligen Mudja-hedin-Kommandaten war die Warlodisierung des Landes vorpro-grammiert. Da diese fremdbestimmte Regierung keine Zustimmung

erwarten konnte, wurde eine internationale Schutztruppe (ISAF) installiert. Nach Beginn des Irakkrieges verbündeten sich die Resttaliban, Al Quaida und Hekmatyar und nahmen den Kampf wieder auf. Sie operierten vor den Augen der ISAF bis nach Kabul.

Die Regierung Karsai stellte Sicherheitskräfte darunter die National-armee (ANA) auf. Die erwünschte Zahl von 400 000 Mitgliedern wurde nie erreicht. Da der Sold oft nicht gezahlt wurde, wechselten diese zahlreich zu den Warlords, die sich gegen die Kabuler Regierung stellten. Die über 5 Milliarden Aufbauhilfe blieben in den Behörden stecken und die Angestellten erhielten oft monatelang kein Gehalt. Die Geberländer hatten kein Vertrauen in die Regierung und parkten das Geld teilweise bei der Weltbank oder zahlten es an Hilfsorganisationen, von denen es 800 in Kabul gab. Sie hielten die Versorgung aufrecht, arbeiteten allerdings im Sinne der Geldgeber und ließen die Regierung außen vor. Die Entwicklungen im Land waren rudimentär: Mädchenschulen waren schlecht ausgerüstet, Frauen trauten sich nur mit Schleier zu arbeiten. Täglich gab es 50 Morde in Kabul.

Für die USA war die geostrategische Lage entscheidend. Der USA-Verteidigungsminister Rumsfeld verkündete, dass man länger bleiben werde. „Der Krieg gegen Afghanistan war eine Generalprobe für die Umsetzung der neuen Strategie, die Region des Mittleren und Nahen Ostens nach US-Vorstellungen neu zu ordnen und unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit der Besetzung Kabuls wurde der Weg nach Bagdad geebnet.“

Die Strategie der USA war Bomben und Verhandeln. Afghanistan wurde zum Testgelände für das Waffenarsenal der NATO-Staaten, wozu Drohnen und auch die sogenannte Mutter aller Bomben (MOAB) gehörte, die 2017 in den Tora Bora Bergen niederging und wohl etwa 100 Menschen den Tod brachte. In 2018 gab es durch Luftangriffe 3804 Tote, davon 25% Kinder. Obwohl Präsident Trump im Wahlkampf angekündigt hatte, das Militär nach Hause zu bringen, verschärfte er den Krieg dort. Deutschland als drittgrößter Truppensteller erhöhte auch sein Kontingent. Auch wenn zeitweise bis zu 230 000 Soldaten in Afghanistan stationiert waren, blieb der Erfolg aus. Die Taliban waren stärker geworden, sie kontrollierten zig Distrikte und kämpften in 117 um die Vorherrschaft. Nun sollten die afghanischen Streitkräfte ihren Einsatz verstärken.

Gleichzeitig sollte die Korruption bekämpft werden. Bei der gegebenen Regierung ein aussichtsloses Unterfangen. Auch Trumps Vorstellungen von der Einbeziehung von Nachbarländern war eine Illusion. Baraki urteilt: „Es muss betont werden, dass die „Neue US-Strategie“ für Afghanistan eine Totgeburt war, die aus dem hohlen Bauch eines ahnungslosen US-Präsidenten in die Welt gesetzt wurde.“

Der Krieg wurde afghanisiert – und nicht der Frieden

Kriegslösungen waren gescheitert. Afghanistan sehnte sich nach Frieden. Baraki erwähnt dazu den Friedensmarsch 2018 aus der Provinz Helmand nach Kabul und die gemeinsamen Feiern der gegnerischen Kämpfer zum Ende des Fastenmonats Ramadan. Zu einen wirklichen Frieden hätte die NATO und die korrupte Regierung sozusagen gezwungen werden müssen.

Nach über 10 Jahren Verhandlung einigten sich die Vereinigten Staaten und die Taliban auf das „Agreement for Bringing Peace to Afghanistan“ (vgl. Dokument 17). Das sollte der Türöffner für innerafghanische Friedensverhandlungen sein. Baraki merkt an, dass freie, demokratische und streng kontrollierte Wahlen für eine gesetzgebende Versammlung (Loya Dschirga) die Rettung für Afghanistan hätten sein können. Nach dem Abkommen sahen sich die Taliban als Sieger gegenüber den Vereinigten Staaten. Nach der Ratifizierung gab es Unstimmigkeiten. Präsident Ghani lehnte die Entlassung der gefangenen Taliban ab, was zu neuen Kämpfen führte, in die auch die USA eingriff. Schließlich lenkte Ghani ein und es kam zu ersten Gefangenenaustauschen.

Trump's Vorgehen war angesichts der Wahlen geprägt von dem Versprechen, Amerikas Soldaten nach Hause zu holen und dem Gedanken, die Taliban in die Regierung zu integrieren. In dem Abkommen sagten die Taliban zu, keine Kontakte mit Al Qaida zu pflegen, was sie nicht einhielten. Ebenso sollte zu Friedens-verhandlungen mit der Regierung kommen. Diese erfolgten nicht, weil eine Spaltung der Taliban entstanden wäre. Die USA sicherten zu, ihre und die der Partner deutlich zu verringern. Letztendlich würde der Abzug vom Verhalten der Taliban abhängen.

Nach einem IS-Attentat 2020 in Kabul, bei dem 30 Menschen ums Leben kamen, sagte Trump, die afghanische Regierung müsse selbst für den Schutz

sorgen. Die USA hätten dort 2000 Soldaten verloren und könnten nicht weitere 20 Jahre bleiben.

In dieser Phase kam es zu Streitigkeiten in der Regierung zwischen den Kontrahenten Ghani und Abdullah, die beide die Präsidentschaft beanspruchten. Der Konflikt wurde nur auf Druck der USA beigelegt.

Die Rückkehr der Taliban: Die epochale Niederlage der USA

Am 15. August haben die Taliban den Präsidentenpalast besetzt und das Islamische Emirat Afghanistan ausgerufen. Am gleichen Tag floh der korrupte Präsident Ghani unter Mitnahme von Millionen an Staatsgeldern. Bis zum 30.08., an dem die letzten Soldaten Afghanistan verließen, spielte sich ähnliche fluchtartige Verhältnisse ab wie schon in Vietnam. Baraki schreibt: „Die Bilanz des zwanzig-jährigen US-geführten Krieges gegen Afghanistan ist mehr als grauenhaft. Nicht die US- und Nato-Besatzer sondern die Afghanen zahlten den höchsten Preis Je mehr die USA die immer näher rückende Niederlage erkannten, desto brutaler und blutiger wurde ihr Krieg.... Nach neuesten Angaben haben mindestens 240 000 Menschen in Afghanistan ihr Leben verloren und 500 000 sind kriegsversehrt.“ Kriegsverbrechen werden wohl nicht verfolgt. Zusätzlich wird das Land getroffen durch das Einfrieren der Auslandsreserven in den USA und weiteren westlichen Ländern, was Baraki Diebstahl nennt. Die Freigabe könnten Not und Hunger in Afghanistan lindern. „Als Ergebnis ihres Einsatzes und als Abschiedsgeschenk ihrer Nacht- und Nebelflucht haben die westlichen Mächte das afghanische Volk dem Taliban-Regime übergeben. Damit wurde ein bis auf die Knochen korruptes Regime durch ein inkompetentes und ideologisch borniertes abgelöst.“

Warum hat sich die ANA kampflös ergeben?

Die Armee war wesentlich kleiner als angegeben. Die Warlords haben ihre Zuständigkeiten für die eigenen Interessen genutzt. Die vorgesehenen Gelder versickerten oft durch Korruption und Selbstbereicherung der Offiziere. Manche von ihnen hatten auch Übereinkommen mit entsprechenden Talibankommandeuren. Insgesamt waren die Soldaten nicht mehr gewillt, für ein korruptes Regime samt einer korrupten Polizei den Kopf hinzuhalten.

Neo-Taliban?

Ideologisch unterscheiden sich alten und die neuen Taliban nicht voneinander. Fundamentalistisch vertreten sie eine strenge Auslegung der Scharia mit drakonischen Strafen. Die jetzigen Anführer sind meistens Schüler fundamentalistischer Islamschulen in Pakistan. „Die Theorie des islamischen Fundamentalismus und die Praxis des bewaffneten Kampfes, vermengt mit patschunisch-patriarchalischen Traditionen, wurde zu einem brutalen Kampfmittel.“ Nach der Machtübernahme kam es zu ersten Hinrichtungen. Nach erfolglosen Gesprächen mit Politikern wie Karsai oder Abdullah ernannten die Taliban eine Übergangsregierung.

Unter den Taliban sind Fundamentalisten wie der Haqqani-Clan und Realos wie der Außenminister Amir Khan Muttaqi. Das zeigt sich zum Beispiel in der widersprüchlichen Frauenpolitik. Zunächst wurden Frauen im Gesundheitswesen aufgefordert, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Die Bildung für Mädchen wurde abgelehnt oder auch befürwortet.

Fernsehansagerinnen wurde der Schleier vor dem Gesicht verordnet. Doch die Schulen blieben mit Verzögerungstaktik geschlossen, was zu Aufrufen islamischer Geistlicher für die Öffnung und internationalen Protesten führte.

„Das Recht der Frauen auf Bildung ist eine der Hauptbedingungen der „Weltgemeinschaft“ für Hilfen an Afghanistan.“. Baraki sagt unter Hinweis auf Friedrich Engels, dass „die Patriarchen, wozu auch die Taliban gehören, versuchen, die Unterwerfung der Frauen religiös, Stammes bedingt und biologisch zu begründen“. Auch wenn der religiöse Führer der Taliban Achundsada zur Verwirklichung von Frauenrechten wie Heirat ohne Zwang, Witwenrechte oder Gleichbehandlung bei mehreren Frauen forderte, wuchs der Druck auf sie. Schließlich wurde aber noch ein Erlass herausgegeben, der die Verschleierung der Frauen in der Öffentlichkeit forderte, allerdings international aber auch bei Geistlichen im Land Protest auslöste. Baraki sieht im Frühjahr noch einen ideologischen Machtkampf zwischen dem realistischeren und dem fundamentalistischen Flügel.

Hunderttausende Afghanen außer Landes geschafft

Schon unmittelbar vor und beim Abzug der westlichen Soldaten haben weit über 100 000 Afghanen das Land verlassen. Auch nach der Machtübernahme der

Taliban gingen sogenannte Ortskräfte zu zig-Tausenden weg. Allein 18 000 kamen über Islamabad nach Deutschland. Zu den Ausreisenden gehörten solche, die „Augen und Ohren“ der westlichen Mächte waren oder hinreichend Dollar für die Ausstellung eines Passes hatten, aber auch Ärzte, was zum Einbruch der medizinischen Versorgung führte. Die Regierung wollte die Ausreisewilligen überzeugen, im Land zu bleiben und beim Aufbau zu helfen. „Die Talibahnführung wirkt bemüht, das Versprechen einer Amnestie für alle Afghanen zu halten. Auch wenn es vereinzelt zu Bestrafungen kam, war man gewillt, auch Afghanen, die mit den westlichen Mächten zusammengearbeitet hatten, zu halten. Allerdings ist festzuhalten, dass zahlreiche Journalisten durch das Ministerium für die Ordnung der Tugend und Verhinderung des Lasters schikaniert wurden. Das Emirat hat damit zu kämpfen, das die Taliban auch als Deckmantel für kriminelle Handlungen benutzt werden. Baraki sieht in dem zahlreichen Ausstellen von Papieren und Aufnahmen in westlichen Ländern einen Aderlass unter der Bevölkerung, weil diese Menschen beim Aufbau des Landes fehlen. So würden dem Land „junge und gut ausgebildete Fachkräfte sowie Angehörige der gebildeten Mittelschicht“ geraubt“.

Die Taliban wollen Zusammenarbeit nur zu ihren Bedingungen

In verschiedenen internationalen Konferenzen ging es inzwischen um die internationale Anerkennung des Emirates Afghanistan. Bei einer Konferenz in der Türkei im März 2022 erklärte ein Sprecher des Außenministeriums: „das islamische Emirat hat alle Voraussetzungen für die Anerkennung erfüllt und sollte von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden. Die afghanischen Vermögenswerte sollten freigegeben werden und es sollte ein Arrangement mit Afghanistan und den richtigen Afghanen geben.“ Der Außenminister sagt: „Ausländische Versionen (der Regierung) und ausländische Ideologie dürften den Afghanen nicht aufgezwungen werden“. Inzwischen sind eine Reihe Politikern früherer Regierungen zurückgekehrt. Es muss allerdings bezweifelt werden, ob Personen, die nicht zu den Taliban gehören, an der Regierung beteiligt werden. „Die Diskriminierung von Mädchen, Frauen und auch von Männern wurde Schritt für Schritt intensiviert“. So bleiben die Verweigerung der Frauenrechte ein großes Hindernis für eine internationale Anerkennung.

Ausblick

Anscheinend setzen sich zunehmend die konservativen Kräfte durch. „Sie versuchen ein theokratisch-absolutistisches Regime zu installieren, bestehend aus einer toxischen Mischung, nämlich ... das ultra-islamische Gedankengut der Deobandi-Schule und ... dem Wahabismus“.

Baraki sagt für einen so dringend notwendigen Frieden in Afgha-nistan sei es erforderlich, dass keine Einmischung von außen gibt. Die Forderungen des Westens nach einer breiten Einbindung in die Regierung und Beachtung der Menschenrechte. Die EU knüpft daran ihre Hilfen. Eine Isolation dürfte kontraproduktiv sein. An den Taliban gehe jetzt kein Weg vorbei. Sie müssten allerdings ein Interesse haben, für das Volk zu regieren. Der IS-Provinz Khorasan mit seinen wohl 4 000 kampfbereiten Mitgliedern macht sich schon bemerkbar. Sollte diese international Terror verüben, wäre wohl eine neue westliche Intervention nicht ausgeschlossen.

In 2023 verschärfte sich die regressive Frauenpolitik, die NGO's wurden aufgefordert, alle Mitarbeiterinnen zu entlassen, und auch die Bildungsmöglichkeiten blieben eingeschränkt. Dagegen gab es heftige Proteste aus den Hochschulen aber auch von hochrangigen Talibanführern, die bis jetzt ergebnislos blieben. Mehrere NGO's setzten ihre Arbeit aus, was eine noch schlechtere Versorgung der notleidenden Bevölkerung zur Folge haben dürfte. Der Widerstand gegen die Maßnahmen zeugen von einer Machtauseinandersetzung unter den Taliban, blieben aber bis jetzt ergebnislos. Auch international, darunter islamische Staaten, bis hin zum Sicherheits-rat der UN wurden die Beschränkungen,deutlich kritisiert und auf die Verschärfung der Not in der Bevölkerung hingewiesen.

Anmerkungen

Wenn jemand sein Bild über die Geschichte Afghanistans vertiefen und auch korrigieren will, kann er das mit der sehr detaillierten Darstellung des Buches gut machen. Die wesentlichste Korrektur bezieht sich auf den „Einmarsch der Sowjetunion“, wie sie im Westen dargestellt wurde. Wie in der Dokumentation ausführlich belegt, war sie das Ergebnis der von islamischen Ländern und der USA gestützten „Konterrevolution“. Letztere hatten aus strategi-schen Gründen

ein großes Interesse an einem stabilen Afghanistan und waren schon vor dem Einmarsch aktiv. Die Kritik an dem Krieg und den politischen Fehlentscheidungen mit der Etablierung eines Marionettenregimes, das das Volk bestohlen hat, wird mehr als deutlich. Wichtig ist auch die Darstellung, dass die USA im Vertrag mit den Taliban keine wirklichen Bedingungen durchgesetzt haben.

Auffallend ist ebenfalls die Bewertung der Ausreise der zahlreichen „Ortskräfte“, worin er einen großen Aderlass für die afghanische Gesellschaft sieht, zumal die Taliban weitgehend Amnestie gewähren.

Aufschlussreich ist auch die ausführliche Auseinandersetzung mit der Revolution von 1978. Das Bedauern des Autors über deren Scheitern aufgrund der gravierenden Fehler der DPVA wird deutlich.

Sein Ausblick für sein gebeuteltes Heimatland und seine ist leider düster. Anscheinend setzten sich die Hardliner durch, wie es bei der Beschneidung der Frauenrechte sich offenbart. Er sieht in der Regierung der Taliban die geltende Realität, auch wenn er das bedauert.

Eine Zeittafel, die bis auf die Gründung des Staates 1747 als Mo-narchie zurückgeht, erleichtert es bei den verschiedenen Epochen die Übersicht zu behalten. Das Buch enthält eine umfangreiche Quellensammlung zur sozialistischen Revolution, der Geschichte der sowjetischen Intervention wie auch die Vereinbarung zwischen den USA und den Taliban, deren Übersetzung Matin Baraki selbst vorgenommen hat und die dem Buch einen außerordentlichen Wert verleiht.

Buchhinweis: Matin Baraki, Afghanistan – Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg, PapyRossa 19,90 €

Eskalation und kein Ende in Sicht

Zur gefährlichen Dynamik des einjährigen Kriegs in der Ukraine

Der von Russland ausgehende Krieg gegen die vom Westen unterstützte Ukraine dauert bereits ein Jahr, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Im Gegenteil, er hat - nicht zuletzt befeuert von westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine, aber womöglich auch chinesischen an Russland - zu immer wieder neuem Leid und immensen Zerstörungen geführt: 200.000 tote Kämpfer, 50.000 zivile Opfer, über 8 Millionen Flüchtende, tausende verschleppte ukrainische Kinder¹ sowie völlig zerstörte, verseuchte oder verminte Landstriche immer größeren Ausmaßes. Was angeblich verteidigt werden soll, droht in Schutt und Asche gelegt zu werden. Der Krieg droht mehr und mehr zu einem Abnutzungskrieg zu werden, in dem beide Seiten ihre Erfolge in den Todeszahlen der anderen messen.

Von westlicher Seite her ist mit der Lieferung von Kampfpanzern eine neue Stufe der Eskalation erreicht. Kaum ist die Entscheidung gefallen, ertönen auch schon die Rufe nach der Lieferung von Kampfjets. Je länger der Krieg dauert, desto mehr wächst das Risiko, weiterer Stufen der Eskalation, angeheizt von Überbietungen in dem, was an Waffen gefordert wird - zuletzt sogar völkerrechtlich geächtete Streumunition. Nicht nur die neue russische Offensive, auch die Ukraine trägt militärisch zur Eskalation bei, etwa durch ihren Drohnenangriff auf den russischen Stützpunkt Engels. An diesem Stützpunkt sind atomwaffenfähige Bomber stationiert.

Nicht weniger erschreckend als die Prozesse der Eskalation sind Einfältigkeit und Eindimensionalität, mit der die Eskalation legitimiert wird. Es ist einfältig anzunehmen, die Lieferung von Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an ihnen könne als Nicht-Beteiligung am Krieg weginterpretiert werden. Eher plauderte die deutsche Außenministerin die Wahrheit aus, als sie während der Parlamentarischen Versammlung des Europarats - gleichsam in einer freudischen Fehlleistung - formulierte: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“² Darin findet ihre frühere Rede, Russland

¹Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 15.2.23,
<https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-russland-soll-tausende-kinder-gewaltsam-verschleppt-haben-FV2LRLLUSJFP7CT7XBDPNWLYOE.html>.

²Kölner Stadt-Anzeiger vom 28./29.1.23.

müsse vernichtet werden, ihre Fortsetzung. Eindimensional ist auch die Personalisierung der Auseinandersetzung auf Putin, der als Personifikation des Bösen dargestellt wird, während die vom Westen unterstützte Ukraine und natürlich der Westen selbst für das ‚Gute‘ stehen. Das ‚Böse‘ ist die aus dem Kontext der NATO-Osterweiterung und des Kampfes um Einflussphären herausgelöste russische Aggression. Das ‚Gute‘ ist die heldenhafte Verteidigung der Ukraine, wobei die Landesverteidigung als Legitimation mehr und mehr von der Erzählung des Kampfes um die Freiheit des Westens abgelöst wurde - und das ungetrübt von jeder Reflexion, dass die Verteidigung der Freiheit des Westens mit Strategien von ‚Regimewechseln‘, Bruch des Völkerrechts, Unterstützung von Diktatoren einhergeht - angefangen bei der Installierung des Mörderregimes Pinochets, der Verminderung von Häfen in Nicaragua bis zu den Kriegen im Irak oder Libyen und selbstverständlich mit menschenverachtenden Repressionen gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Die Legitimationen für die Eskalation bewegen sich in einem abstrakten Moralismus, der ebenso wenig eine Verbindung zur Realität der Verhältnisse erkennen lässt wie die abstrakte Phraseologie von Freiheit und Demokratie.

Auf der Linie der hypermoralisierenden Logik des Kampfes des Guten gegen das Böse liegt auch, dass alle Verhandlungsmöglichkeiten ignoriert wurden und keine politische Strategie erkennbar ist, den Krieg zu beenden. Zuletzt berichtete der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett davon, wie im März 2022 die Friedensverhandlungen in erster Linie von Großbritannien und den USA torpediert wurden.³ Einzig Militarisierung auf allen Ebenen soll das ‚Böse‘ zum ‚Guten‘ wenden. Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass diese Rhetorik durchbrochen werden könnte, wenn selbst die Pentagon-nahe RAND Corporation davon spricht, dass der Konflikt militärisch nicht zu lösen sei.⁴ Ob das aber wiederum eine Chance hat bis zu den handelnden Politiker*innen vorzudringen, scheint zweifelhaft bei all dem grünen und liberalen Kriegsgeschrei und Joe Bidens Zusage weiterer hunderter Millionen an Militärhilfe für Kiew.

³Vgl. Berliner Zeitung vom 6.2.23, <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871>.

⁴Vgl. Berliner Zeitung vom 2.2.23, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/militaer-analyse-ukraine-geopolitik-us-denkfabrik-rand-corporation-diesen-krieg-kann-keiner-gewinnen-kehrt-jetzt-vernunft-ein-li.313682>.

Am problematischsten ist - darauf haben wir in unserer ersten Stellungnahme vom März 2022 nachdrücklich hingewiesen⁵ -, dass Russlands Angriff auf die Ukraine und deren westliche Unterstützung nicht im Zusammenhang des zerbrechenden globalen Kapitalismus begriffen wird. So wird ignoriert, dass das Problem zerbrechender Staaten, dem schon an der Peripherie militärisch nicht beizukommen war, sich immer weiter auf der Ebene globaler Konstellationen entfaltet, in denen keine Weltmacht mehr dazu in der Lage ist eine hegemoniale Stellung einzunehmen. Statt nüchtern das Scheitern des Kapitalismus als Weltsystem zu registrieren und seine Abwicklung anzugehen, kommt es zu irrationalen Kämpfen um die Sicherung und Ausweitung von Einflusssphären. Wie die Zerstörung der Lebensgrundlagen, Flucht und Migration, zunehmende (Bürger-)Kriege, Repression gegen diejenigen, die für die Verwertung von Kapital überflüssig sind, deutlich machen, geht mit dem Kapitalismus die Tendenz einer Zerstörung bis hin zur Weltvernichtung einher. Sie speist sich aus der Irrationalität, mit der der Globus scheinbar alternativlos dem Zweck der Vermehrung von Kapital um seiner selbst willen und der Abspaltung der Bereiche der Reproduktion unterworfen wird. Diese Irrationalität könnte die Irrationalität eines nuklearen Krieges befeuern - ob im Einsatz strategischer Atomwaffen oder in der (un-)beabsichtigten Zerstörung von Kernkraftwerken. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Vernichtung würde in der unbegriffenen, auf Zerstörung zutreibenden globalen Krise nuklear exekutiert. Die Vernichtung der anderen würde zur Selbstvernichtung. Eine einfältige und eindimensionale Wahrnehmung könnte dies noch als Ausdruck der Bereitschaft deuten, die eigenen Werte bis in den Tod heldenhaft zu verteidigen.

Als Ökumenisches Netz widersprechen wir den Leitungen der evangelischen wie der katholischen Kirchen, die im Einklang mit den herrschenden gesellschaftlichen Deutungen und - katholisch - in der Einheit von ‚Oberhirten‘ und ‚Oberlaien‘ die Lieferungen von Waffen ökumenisch einvernehmlich ‚abgesegnet‘ haben. Sie hatten ihre gesellschaftliche Pflicht getan und zu möglichen Friedensprozessen nichts mehr zu sagen. Anschlussfähig an herrschende Stimmungslagen zu sein, ist den Kirchen offensichtlich wichtiger als ihre Anschlussfähigkeit an biblische Traditionen und eine kritische Sicht der gesellschaftlichen Situation. Das Desaster des kirchlichen Konformismus mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ist

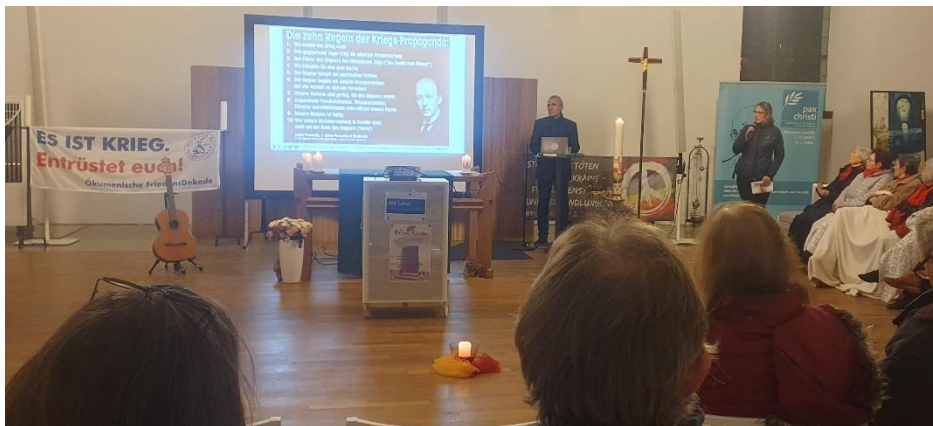
⁵Vgl. Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar: Ukraine – Ein Krieg um die zerfallende Weltordnung, Koblenz 2022, <https://www.oekumenisches-netz.de/2022/03/netz-stellungnahme-ukraine-ein-krieg-um-die-zerfallende-weltordnung/>.

Ausdruck der jahrelangen kirchlichen Fixierung auf die Sicherung ihrer institutionellen Interessen, ihrer verzweifelten Versuche, als ‚unternehmerische Kirchen‘ verlorenen Einfluss zurück zu gewinnen, sowie der damit einhergehenden Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Problemen und den Versuchen, sie im Rahmen kritischer Gesellschaftstheorie zu verstehen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich in der sog. Zivilgesellschaft kritische Stimmen Gehör verschaffen, die es zumindest schaffen, dem Rad, das sich in immer weitere gefährliche Stufen der Eskalation dreht, in die Speichen zu greifen.

Ukraine-Abend mit Clemens Ronnefeldt

Pax christi Saar und Diözesanverband Trier hatten gemeinsam mit anderen Organisationen im Rahmen der Ökumenischen FriedensDekade am 13.11.2023 zu einem Ukraine-Krieg-Vortragsabend mit Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, hatte pax christi eingeladen.



Clemens Ronnefeldt begann zunächst die wechselvolle Geschichte der Ukraine nachzuzeichnen. Er nannte als eine Kriegsursache, dass es sich um einen Beziehungs- und Identitätskonflikt handele: Auf die Christianisierung der Kiewer Rus im Jahre 988 bezögen sich alle drei heutigen Staaten: Ukraine, Belarus und Russland.

Die westlichen Teile der Ukraine hätten mehrere Jahrhunderte unter polnisch-litauischer Herrschaft gestanden, die östlichen Teile unter dem Zarenreich, bevor 1922 die Ukraine Teil der UdSSR geworden sei.

Der so genannte „Holodomor“, bei dem ab 1931 unter Stalin von rund 7 Millionen Hungertoten alleine 3,5 Millionen Menschen in der Ukraine zu beklagen waren, belastete bis heute das ukrainisch-russische Verhältnis.

Mit breiter Mehrheit habe die Ukraine nach dem Fall der Berliner Mauer für die staatliche Unabhängigkeit gestimmt, im „Budapester Memorandum“ 1994 die Atomwaffen in der Ukraine an Russland übergeben – im Gegenzug zu Sicherheitsgarantien der russischen Föderation, der USA und Großbritanniens.

„Der völkerrechtswidrige Überfall am 24.2.2022 auf einen souveränen Staat wie die Ukraine durch russische Invasionstruppen verstößt gegen die UN-Charta, gegen das Pariser Abkommen von 1990 zur Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und gegen das Budapester Memorandum – und ist durch nichts zu rechtfertigen“, stellte Clemens Ronnefeldt klar.

Im OSZE-Abschlussdokument 2010 in Astana hätten alle 57 Mitgliedsstaaten – darunter auch Russland, die Ukraine, die USA und Deutschland – unterschrieben, dass alle Staaten der OSZE das Recht auf freie Bündniswahl hätten.

Gleichzeitig verpflichteten sich auch alle Länder, ihre Sicherheit nicht auf Kosten anderer Staaten auszuweiten. „Diese beiden in Spannung zueinander stehenden Verpflichtungen hätten von Russland und der NATO in Verhandlungen zu einem Ausgleich gebracht werden können – bei entsprechendem politischen Willen der beteiligten Akteure“, so der Referent.

Die NATO-Osterweiterung bis an die russische Grenze – entgegen mündlicher Zusagen an Präsident Gorbatschow – sowie den Grundsatzbeschluss zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens im Jahre 2008 bezeichnete der Referent als „friedenspolitische Fehler“. George W. Bush hätte gegen den Willen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, die 2008 gar nicht in die NATO wollte, diesen Beschluss forciert, während die deutsche und die französische Regierung mit Verweis auf die großen innenpolitischen Spannungen, die diese Entscheidung nach sich ziehen würde, gerade noch ein Aufnahmedatum verhindern konnten.

Die Stationierung eines NATO-Raketenabwehrsystems sowie die Entsendung von rotierenden NATO-Kampftruppen in Länder des ehemaligen Warschauer Paktes hätten das Verhältnis zu Russland dramatisch verschlechtert, ebenso wie der Kosovo-/Jugoslawienkrieg 1999 ohne UN-Mandat und der völkerrechtswidrige Irak-Krieg 2003, an dem sich Länder des ehemaligen Warschauer Paktes mit Truppen beteiligt hätten.

Nach dem gewaltsamen Sturz des prorussischen Präsidenten Janukowitsch

2014 infolge der Maidan-Proteste, der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den Kämpfen im Donbass, denen seit 2014 mehr als 14 000 Menschen zum Opfer gefallen seien, habe eine neue „Eiszeit“ in den Ost-West-Beziehungen angefangen. Clemens Ronnefeldt bedauerte, dass insbesondere die europäischen Staaten nicht auf die Einhaltung der beiden Abkommen Minsk I und II gedrängt hätten, mit denen der Konflikt zumindest eingefroren hätte werden können.

Als Hoffnungszeichen bezeichnete der Referent Oppositionsgruppen in Moskau wie die Soldatenmütter in Sankt Petersburg, die russische Kriegsdienstverweigerer beraten würden, ebenso wie den Bezirksrat in Sankt Petersburg, der Anklage wegen Hochverrats gegen Präsident Putin erhoben habe.

In der Ukraine verwies der Referent auf eine repräsentative Umfrage der Universität Kiew aus dem Jahre 2015 – nachdem die Krim bereits annektiert war und die Kämpfe im Donbas begonnen hatten. Auf die Frage „Was würden Sie im Falle einer ausländischen bewaffneten Aggression gegen ihr Land tun“ hätten 29 Prozent geantwortet, sie würden den zivilen Widerstand in Form von Demonstrationen und Nicht-Zusammenarbeit mit dem Aggressor an die erste Stelle setzen, 24 Prozent entschieden sich für den militärischen Widerstand, die restlichen Prozente gaben an, sich in sichere Gebiete der Ukraine zurück zu ziehen oder ins Ausland zu geben, keine Antwort zu wissen oder gar nichts zu tun.

Ronnefeldt zeigte auf, dass sich in mehreren Städten wie zum Beispiel Cherson Menschen gewaltfrei den russischen Panzern entgegen gestellt hätten. Als Hoffnungszeichen bezeichnete der Referent das Getreideabkommen und etliche Gefangenen-Austausche, die bereits stattgefunden hätten.

Der Referent stellte auch den 4-Stufen-Friedensplan der italienischen Regierung vor: Beginnend mit lokalen Waffenstillständen, die von der UNO oder der OSZE in entmilitarisierten Zonen zu überwachen seien, gefolgt von einer internationalen Friedenskonferenz, auf der die Ukraine Sicherheitsgarantien erhalte im Gegenzug zu einem mehrjährigen NATO-Beitritt-Moratorium, gefolgt von direkten Verhandlungen über den Donbas und die Krim und deren Autonomiestatus bei gleichzeitiger Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine bis hin zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur mit vertrauensbildenden Maßnahmen, könnte kurz-, mittel- und langfristig der Krieg deeskaliert und die Gefahr eines dritten Weltkrieges gebannt werden.

Er stellte auch den chinesischen Friedensplan vom Februar 2023 sowie Deeskalationsvorschläge von Peter Brandt, Hajo Funke, Harald Kujat und Horst Teltschik vom September 2023.

Die zahlreichen aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal rief Clemens Ronnefeldt dazu auf, den Opfern beizustehen, ukrainische Geflüchtete in Deutschland bei Sprach- und Integrationskursen Beistand zu geben und sich mit Leserbriefen einem wachsenden Militarismus in Deutschland entgegen zu stellen.

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
und pax christi-Gruppe Koblenz

Antisemitischer Wahn und barbarische Gewalt als Ausdruck der weltweiten Krise des Kapitalismus - Für Israel als Rettungsprojekt für von Vernichtung bedrohte Juden

Die Hamas hat am 50. Jahrestag des Jom-Kippur-Krieges mit einem barbarischen Angriff vor allem auf Zivilist*innen so viele Juden und Jüdinnen an einem Tag bestialisch ermordet, wie es seit dem nationalsozialistischen Staatsterror nicht mehr vorgekommen ist. Babys, Kinder, Frauen und Alte wurden in sadistischer Weise niedergemetzelt. Menschen werden als Geiseln genommen, um sie als lebendige ‚Schutzschilde‘ im Zweifelsfall der Vernichtung preiszugeben. Der französische Journalist Nicolas Delesalle hat über die Untersuchungen an den Leichen der Opfer des Hamas-Terrors berichtet. Sein Bericht ist ein Dokument des Entsetzens, das noch einmal unterstreicht, dass angesichts dies nicht vorstellbaren Terrors der Hamas Innehalten geboten gewesen wäre.

Latenter und manifester Antisemitismus

Statt angesichts des Grauens inne zu halten, ergießt sich manifester und latenter Antisemitismus über den Globus. Palästinenserorganisationen und Teile der Linken feiern den Terror als Teil eines gegen Israel gerichteten Befreiungskampfes. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Hilfsorganisationen – von amnesty international, Fridays for Future über medico bis zum Bundesvostand von pax christi bekunden Solidarität mit den Opfern, können sich aber kaum oder gar nicht dazu durchringen, die Hamas

als das zu benennen, was sie ist: eine antisemitische Terrororganisation, die sich die Vernichtung Israels und aller Juden auf die Fahnen geschrieben hat, und versucht, dieses Ziel in ihrem barbarischen Wahn umzusetzen. Ohne innezuhalten, verbindet sich die Distanzierung von der Hamas mit der Flucht ins ‚Allgemeine‘. Statt dem ‚Besonderen‘ des im Terror der Hamas umgesetzten und auf alle Juden ausgerichteten Vernichtungswilligen Rechnung zu tragen, ist schnell die Rede von der Solidarität mit ‚allen Opfern‘. Gefordert werden Kontextualisierungen, die darauf hinauslaufen, auf Israels Mitschuld am Terror der Hamas hinzuweisen oder sie zu assoziieren. Dabei wird auf das antisemitische Stereotyp ‚die Juden sind selber schuld‘ zurückgegriffen. Gewarnt wird vor Gewalt auf beiden Seiten und der Eskalation einer Spirale der Gewalt, für die dann beide Seiten verantwortlich sind. Oft ist die unter dem Mantel des Allgemeinen daher kommende Kritik der Gewalt real auf Israel als Militärmacht fokussiert, die scheinbar willkürlich den Gaza-Streifen als Freiluftgefängnis in Schach hält und nun bombardiert. In solchen Mustern wird mehr oder weniger direkt das Verteidigungsrecht Israels in Frage gestellt und damit letztlich seine Existenzberechtigung. Wenn Israel sich nicht mehr verteidigen kann, ist es schutzlos seiner Vernichtung ausgeliefert.

In solch – objektiv scheinheiliger – Verwahrlosung kommt zum Ausdruck, dass die Vernichtungsdrohung und ihre praktische Umsetzung in der Öffentlichkeit wie in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen weitgehend konsequent ignoriert wurde. Statt auf der theoretischen Ebene die Problematik Israel und Palästina im Zusammenhang des Kapitalismus und seiner voranschreitenden Krise zu kontextualisieren, wurde einem handlungsfetischistischen Pragmatismus gehuldigt. Er agiert in ‚falscher Unmittelbarkeit‘ und geht mit struktureller und nicht selten auch mit aggressiver Theoriefeindlichkeit einher. Genau das macht blind gegenüber gesellschaftlichem Antisemitismus und den eigenen Anteilen daran.

Was Israel von anderen Staaten unterscheidet

Vorstand und Geschäftsführung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar treten dafür ein, der Besonderheit des Staates Israel als Rettungsprojekt für verfolgte Juden Rechnung zu tragen. Dabei ist Israel als Staat zugleich eingebunden in die kapitalistische Gesellschaftsform und ihre in den sog. Vielfachkrisen sichtbar werdenden Zerfallsprozesse. Wie der Antisemitismus eingebunden war in die mit der Durchsetzung der kapitalistischen Moderne verbundenen Krisen und sich in immer neuen Krisen – bis hin zum eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland – Ausdruck verschafft hat, so

explodiert er geradezu weltweit in den Zerfallsprozessen des globalen Kapitalismus.

Ohne den in den Krisenprozessen manifest werdenden und/oder aus dem Unbewussten herausbrechenden Antisemitismus ist kaum zu erklären, dass sich die Zivilgesellschaft so schwer tut, mit Israel solidarisch zu sein und sein Recht auf Verteidigung gegen Vernichtung zu unterstreichen. Auch Kulturszene und sog. Intellektuelle schwanken zwischen pflichtschuldiger Verurteilung der Hamas und einer Solidarität mit den Palästinensern, die vor allem Israel für das Elend der Palästinenser verantwortlich macht. Nicht gesehen wird, dass viele palästinensische Gebiete von Antisemitismus durchdrungen sind, ganz besonders Gaza durch den antisemitischen Vernichtungswahn der Hamas. Im Unterschied zum Iran – neben Katar einem der größten Financiers der Hamas – sind keine palästinensischen Proteste gegen die Hamas und ihre Propaganda bekannt geworden. Befreiung für ‚Palästina‘ ist aber nicht ohne die Befreiung von der Geiselhaft der Hamas, in der es gehalten wird, denkbar.

Israel als kapitalistischer Staat in der Krise

Kritik an der Politik in Israel muss dem Umstand Rechnung tragen, dass Israel als kapitalistischer Staat in die kapitalistischen Zerstörungs- und Zerfallsprozesse einbezogen ist. Angesichts des Zerfalls wird versucht, Israel in religiöser Ultra-Orthodoxie zu stabilisieren. Dies ist vergleichbar mit den Versuchen anderer kapitalistischer Gesellschaften, sich in identitären Konstrukten wie Nation, christlichem Abendland, Arbeitende, Geschlechteridentitäten, Rassismus zu stabilisieren. Sie werden praktisch in der von ‚roher Bürgerlichkeit‘ geprägten aggressiven Abwehr nicht verwertbarer Migrant*innen, während denen, die als Arbeitskräfte nützlich sind, die Grenzen geöffnet werden. Die Regierung Israels versucht – unter massiven Protest großer Teile der Zivilbevölkerung – eine Politik der Aushöhlung von Freiheitsrechten und des Autoritarismus. Auch das unterscheidet Israel nicht wesentlich von anderen kapitalistischen Gesellschaften, in denen Prozesse hin zu Autoritarismus und Militarisierung unverkennbar sind. Die westlichen Gesellschaften drängen nach rechts. Die bürgerlichen Parteien exekutieren gegenüber Migrant*innen das, was die AfD bereits seit langem gefordert hat. Dabei fördern sie die Illusion, wenn die Migrant*innen abgewehrt seien, ist Deutschland wieder ‚normal‘. Oft genug wird auch noch der Antisemitismus der deutschen Gesellschaft auf die Migrant*innen abgeschoben und so getan, als werde er mit ihnen von außen importiert. In dieser Logik wird der brutale Abwehrkampf gegen

Migrant*innen zum Kampf gegen Antisemitismus umgelogen und verleugnet, dass der Antisemitismus immer schon seinen festen Platz in der Mitte der Gesellschaft hatte und immer noch hat. Ausgeblendet bleiben dabei die sog. Vielfachkrisen, in denen sich die Krise des Kapitalismus zerstörerischen Ausdruck verschafft und damit auch der tief verankerte Antisemitismus, der Juden die Schuld an allen Übeln der Welt andichtet. Er richtet sich grundsätzlich gegen die Juden – auch dann wenn er sich gegen den Staat Israel als Zufluchtsort für von Vernichtung bedrohter Juden und als Symbol jüdischen Lebens ausagiert. Dennoch scheint in den bürgerlichen Parteien die Staatsraison der Solidarität mit Israel noch dem Antisemitismus standzuhalten. Was aber wird, wenn sie auch hier weiter unter den Druck des Mobs aus der Mitte der Gesellschaft geraten? Die Verbeugung der CSU gegenüber dem Antisemitismus Hubert Aiwangers ebenso wie die ‚Abschiebung‘ des Antisemitismus auf Migrant*innen lassen Schlimmes befürchten.

Israel unterscheidet sich von den anderen kapitalistischen Gesellschaften wesentlich dadurch, dass ihm der Zugriff auf Antisemitismus als Krisenentlastung verwehrt ist. Welche entlastende Bedeutung der Antisemitismus in der weltweiten Krise des Kapitalismus haben kann, wird angesichts der Terrors der Hamas in erschreckender Weise deutlich. Kapitalistischer Zerfall und mit ihm verbundene Tendenzen der Barbarisierung gehen auch an Israel nicht spurlos vorbei. Sie sind aber nicht ‚jüdisch‘, sondern Teil jener Barbarisierungsprozesse, die sich im kapitalistischen Verfall ausagieren und deren Opfer auch Israel als Rettungsprojekt für Juden zu werden droht.

Und die Kirchen?

Als Christ*innen sind wir uns bewusst, dass der moderne Antisemitismus in Verbindung steht mit dem christlichen Antijudaismus. Zu seiner Geschichte gehören Diskriminierung und Vertreibung von Juden und Jüdinnen ebenso wie die unter absurden Beschuldigungen gegen sie durchgeführten Pogrome. Umso schmerzlicher sehen wir, dass die christlichen Kirchen angesichts des Terrors der Hamas weitgehend ‚beredt‘ schweigen. Papst Franziskus belässt es bei der Ermahnung an alle Brüder, doch ‚aufzuhören‘. Während die Kirchen in Deutschland beim Krieg gegen die Ukraine schnell dabei waren, das Recht auf Verteidigung der Ukraine zu unterstreichen und Waffenlieferungen zu legitimieren, tun sie sich offensichtlich schwer, Israels Recht auf Verteidigung zu stärken, obwohl es doch bei letzterem nicht nur um die Verteidigung nationaler Souveränität, sondern um die Verteidigung gegen einen Terrorismus geht, der auf die Vernichtung Israels und aller Juden aus ist. Das katholische

Hilfswerk Misereor setzt sich zusammen mit medico – zu Recht – für die Versorgung der Bevölkerung von Gaza ein. Aber auch hier werden Hamas und Israel auf einer Ebene behandelt. Der Hauptgeschäftsführer von Misereor, Pirmin Spiegel, betont, die Menschen in Gaza dürften „nicht kollektiv für die brutalen Übergriffe der Hamas in Haftung genommen werden“ (Pressemitteilung vom 15.10. 23). Die Mahnung ist an Israel adressiert. Dass die Hamas Menschen als Schutzschilder missbraucht, wird nicht erwähnt ebenso wenig wie Israels Recht auf Verteidigung gegen seine Vernichtung und die Vernichtung aller Juden.

Wir erinnern an die eindringlichen Worte von Johann Baptist Metz in seinem Vortrag „Ökumene nach Auschwitz. Zum Verhältnis von Christen und Juden in Deutschland“ beim Katholikentag in Freiburg 1978: Die „Erinnerung der Judenverfolgung berührt ... auch das Verhältnis *zum Staate* Israel. *Wir* haben da keine Wahl (und darauf bestehe ich auch gegenüber meinen linken Freunden). *Wir* müßten jedenfalls die letzten sein, die den Juden, nachdem sie in der jüngsten Geschichte unseres Landes an den Rand der Vernichtung gebracht wurden, nun ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis vorwerfen; und *wir* müssten die ersten sein, die der Versicherung der Juden Glauben schenken, daß sie ihren Staat nicht aus zionistischem Imperialismus, sondern als ‚Haus gegen den Tod‘, als letzte Zufluchtsstätte eines durch Jahrhunderte verfolgten Volkes verteidigen“ (in: Gott nach Auschwitz. Dimensionen des Massenmordes am jüdischen Volk, Freiburg 1979, 143).

Im Anschluss an die Stellungnahme des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar und der pax christi Gruppe Koblenz zum Hamas-Terror haben einige wenige empört reagiert und den Newsletter des Netzes abbestellt. Andere haben kritische Rückfragen gestellt. Stellvertretend dafür die Fragen von Albert Hohmann und die Antworten von Herbert Böttcher dazu:

Lieber Heri, lieber Dominic,
gut, dass ihr ein klares Statement zum Antisemitismus und zu Israel veröffentlicht habt.

Ich habe zwei Fragen.

1. Wie lässt sich der Doppelcharakter des Staates Israel auf konkrete Vorgänge anwenden?
 2. Wie kann man feststellen, was eigentlich der Sicherheit Israels dient?
- Euch alles Gute

Albert

Zu Frage 1.

Den Begriff 'anwenden' finde ich schwierig, weil er den Eindruck erweckt, der Doppelcharakter sei ein Prinzip, das jetzt auf konkrete Vorgänge 'angewendet' werden müsse. Die Rede vom Doppelcharakter ist ja das Ergebnis der Reflexion konkreter Vorgänge: der Vernichtung der Juden und des Versuchs, dagegen ein staatliches Rettungsprojekt zu setzen. Dieses historische Rettungsprojekt in der Form eines kapitalistischen Staates impliziert, dass Israel den kapitalistischen Krisen- und Zerfallsprozessen ausgesetzt ist. Was wir versuchen ist, diese Vorgänge bzw. das, was da geschieht, in seinem weiteren Verlauf zu analysieren und in dieses Geschehen kritisch reflektierend zu intervenieren. Das geht nur, wenn es gelingt, die Verläufe/Vorgänge so gut wie uns das auch empirisch möglich ist zu 'begreifen'.

Dabei ist im Blick auf den Staat Israel festzustellen, dass Israel als „Rettungsprojekt“ (Robert Kurz), als „Haus gegen den Tod“ (Johann Baptist Metz) antisemitischem Vernichtungswahn ausgesetzt ist. Er wird von der Hamas exekutiert und findet weltweit antisemitischen Beifall. Dem ist ohne wenn und aber, sprich ohne kontextuelle Relativierungen auf der Ebene: Feindschaft, Gewaltgeschichte und Gewalteskalation von beiden Seiten etc. entschieden zu widersprechen. Es geht um Vernichtung von Juden. Sie geht von einer Seite aus. In dieser Asymmetrie werden Reden wie „Wir stehen an der Seite *aller* Opfer“ zur Flucht und bewegen sich im Zusammenhang antisemitischer Stereotype. Angesichts der Vernichtungsdrohung und -praxis kann es weder eine relativierende Rechtfertigung noch Verständnis geben. Der geschichtlich-gesellschaftliche Kontext ist der Antisemitismus als Reaktion auf mit dem Kapitalismus verbundene Krisen und der eliminatorische Antisemitismus in Deutschland. Deren Ergebnis ist der Staat Israel.

Gleichzeitig ist das Rettungsprojekt Israel als kapitalistischer Staat den Krisen und Zerfallsprozessen ausgesetzt wie die anderen kapitalistischen Staaten auch. Es käme darauf an zu verstehen, dass die Widersprüchlichkeiten, in die Israel verstrickt ist bzw. sich durch politisches Handeln verstrickt, nicht isoliert von den Krisen anderer kapitalistischer Staaten gesehen werden können: also die politische Wende nach rechts samt der Einschränkung demokratischer Rechte bis hin zur Gewaltenteilung, Suche nach identitärer Stabilisierung in fundamentalistischer Orthodoxie, Korruption, Autoritarismus, Siedlerpolitik... All das lässt sich in Relation zum Handeln anderer kapitalistischer Staaten setzen: Rechtlos machen von Geflüchteten, identitäre Muster wie Nation, christliches Abendland, Geschlechteridentität,

Rassismus, Verrohung der bürgerlichen Mitte, Barbarisierung in zerfallenden Staaten... Wenn Strukturen oder Vorgänge von dem, was sich in anderen Staaten als Normalität durchsetzt, in Israel geschieht, ist die antisemitische Aufmerksamkeit groß und die Reaktion mit doppelten Standards nahe... Also, Versuche, in Israel die Krise zu bewältigen, sind denen in anderen Staaten vergleichbar und in diesem Zusammenhang zu kritisieren. Antisemitisch wird die Kritik, wenn der Zungenschlag kommt: So sind sie, die Juden... Das einzige, womit Israel sich im Unterschied zu anderen Staaten nicht entlasten kann, ist der Antisemitismus. Welch gigantische Entlastungsfunktion er hat, zeigt sich gerade in der Welle, die über den Globus hereinbricht.

Zu Frage 2.

Die Antwort auf diese Frage hängt von Einschätzungen gesellschaftlicher und politischer Details ab, die letztlich niemand ganz überblicken kann. Klar zu sein scheint: Israel muss sich im Interesse seiner Sicherheit gegen die Vernichtung wehren. Wie das im einzelnen geschehen kann, hängt an der Einschätzung von Details ab. Also: wie kann die Hamas so ausgeschaltet werden, dass es möglichst wenig Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt, aber auch Opfer an Soldaten, die Israel verteidigen? Wie kann ein Flächenbrand verhindert werden, in dem auch Israel Schaden nehmen und untergehen könnte? Der Sicherheit Israels würde es dienen, wenn es gelänge, konsequent gegen die Hamas vorzugehen und die Reichweite dieser Vorgänge auf das Nötigste zu begrenzen. Das zieht sofort die Frage nach sich: Was ist das Nötigste? Und da gibt es wieder unterschiedliche Einschätzungen, die wiederum von übergreifenden Gesichtspunkten geprägt sind. So wichtig es ist, möglichst viele relevante Details zur Kenntnis zu nehmen, so ist doch klar, dass dieser Vorgang seine Grenzen hat. Daher sollten wir nicht der Illusion erliegen, wir könnten da endgültige Klarheit und Sicherheit bekommen. Um das alles zu sortieren und dabei auch die Grenzen der Erkenntnis einzubeziehen, sind eben theoretische Kategorien wichtig. Sie schweben aber nicht als anwendbare Prinzipien über der Wirklichkeit (verstanden als „konkrete Totalität“, Roswitha Scholz), sondern sind aus ihr zu gewinnen und müssen - bei aller Begrenztheit der Erkenntnis - im Rahmen der konkreten Totalität buchstabiert werden... In einem bin ich mir sicher: Wenn die Hamas die Waffen niederlegen würde, wäre ein Weg zum Frieden gebahnt. Wenn Israel die Waffen niederlegt, gibt es sich der Vernichtung preis. Diese Asymmetrie ist das Entscheidende an der ‚Kontextualisierung‘ der Auseinandersetzung.

Das fällt mir angesichts meiner Grenzen zu Deinen Fragen ein. Ich bitte Dich, diesen Versuch auch im Rahmen dieser Grenzen zu sehen.

Dir einen lieben Gruß und alles Gute in diesen schwierigen Zeiten
Heri

Im Diözesanvorstand von pax christi Trier versuchen wir, eine eigene Position zu formulieren. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Angesichts der Komplexität der Probleme, angesichts des Ausmaßes an Leid und Tod von Menschen in der aktuellen Kriegssituation als auch von derzeit nicht vorhandenen tragfähigen Lösungen des Konflikts, erweist es sich als äußerst schwierig zu einer „eindeutigen“ Position zu finden. Wir denken und handeln im Rahmen unserer Grenzen.

Josef Freise

Traumata – auf beiden Seiten

Debatten um den Konflikt zwischen Israel und Palästina haben nach dem Terror der Hamas an Schärfe zugenommen. Dabei sind gerade jetzt Differenzierung und eine humane Perspektive für beide Völker notwendig, meint Josef Freise.

In meiner Stadt Neuwied gibt es einen Deutsch-Israelischen Freundeskreis und einen Arbeitskreis Palästina – beide Gruppen stimmen sich regelmäßig miteinander ab. Schon vor längerer Zeit hatten wir einen gemeinsamen Informationsabend geplant zum Thema „Israel und Palästina – zwei traumatisierte Völker finden keinen Frieden“.

Wir haben nicht geahnt, welches Drama sich seit dem mörderischen Angriff der Hamas am 7. Oktober ereignen würde. Der Staat Israel wurde errichtet, um jüdischen Menschen auf der ganzen Welt einen sicheren Hafen zu geben gegen Diskriminierung, Verfolgung und alle Formen des Antisemitismus. Mit dem irrsinnigen Töten und dem Kidnapping unschuldiger Menschen durch die Hamas brach das alte vom Holocaust geprägte Trauma wieder auf, und es gibt eine tiefe Verunsicherung in Israel.

Der israelische Plan, mehr als eine Million Menschen aus dem nördlichen Teil des Gazastreifens zu „evakuieren“, was insbesondere für viele kranke und alte Menschen den Tod bedeuten kann, reaktivierte bei Palästinenserinnen und Palästinensern das Trauma der „Nakba“ (übersetzt: Katastrophe): Mit der Nakba wird die Vertreibung Hunderttausender Palästinenser aus ihren Städten

und Dörfern nach 1948 bezeichnet. Jetzt, so die Befürchtung, werde die in Teilen rechtsextreme israelische Regierung diese Vertreibung zu Ende bringen. Frieden wird es nicht dadurch geben, dass die Hamas zerschlagen wird. Die Hamas existiert als Hass-Konzept in den Köpfen von Menschen, so wie es auf israelischer Seite Hasskonzepte in Köpfen und Herzen von Menschen gibt, die „die Araber“ aus dem Land vertreiben wollen. Frieden wird sich erst dann entwickeln, wenn Unrecht und Terror benannt werden und Menschen aufeinander zugehen.

Ein positives Zeichen war der Besuch muslimischer Verbände in der Kölner Synagoge, bei dem die Muslime ihr Beileid bekundeten und ohne Wenn und Aber den Terror der Hamas verurteilten. Solche Gesten können helfen, Traumata zu heilen.

Durch den Holocaust kamen viele Juden in das damalige Palästina – mehr als dem friedlichen Zusammenleben von Arabern und Juden zuträglich war. Die sich anschließenden Kriege führten dann zur Nakba, zur Vertreibung von Palästinensern. Wir Deutschen tun gut daran zu erkennen, dass wir eine Verantwortung sowohl für den Holocaust als auch für die Nakba als Folge des Holocaustes tragen.

Nicht nur israelische, sondern auch palästinensische Menschen brauchen in Deutschland einen Raum, in den sie die Leidensgeschichte ihres Volkes und ihre Wahrnehmung der derzeitigen Kriegssituation einbringen können. Im Augenblick fühlen sich Palästinenser von uns nicht gehört. Ihre kollektiven Traumata werden dadurch verstärkt. Wie können wir ihr Leid hier wahrnehmen?

In Neuwied haben wir eine gemeinsame Mahnwache des Deutsch-Israelischen Freundeskreises und des Arbeitskreises Palästina für alle Opfer des Krieges gestaltet. Es wurden Schilderungen der Kriegssituation aus Israel und Palästina vorgelesen.

Auch der Kölner Rat der Religionen plädiert dafür, alle Seiten zu Wort kommen zu lassen: „Wir als Religionsgemeinschaften im Rat der Religionen stehen an der Seite beider Völker (...). Wir lassen uns nicht spalten, wiegen menschliches Leid nicht auf und sind in unseren Gebeten und Gedanken bei allen Getöteten, Verletzten und Betroffenen dieser Tragödie.“

Josef Freise ist pensionierter Professor der Katholischen Hochschule NRW in Köln. Er betreute dort die Partnerschaftsprojekte mit der Katholischen Universität Bethlehem. Josef ist auch Mitglied von pax christi.

Quelle: <https://kirchenzeitung-koeln.de/1879>



www.facebook.com/QuattroPax
fsplux@posteo.lu



75 Jahre „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 verankerte nach der Katastrophe des II. Weltkrieges die universelle Geltung der Menschenrechte für alle; sie stellt den Grundstein für den internationalen Menschenrechtsschutz dar.

Am internationalen Gedenktag der Menschenrechte führte das grenzüberschreitende Friedensnetzwerk QuattroPax* wie in den vergangenen Jahren eine Mahnwache auf der Grenzbrücke Schengen – Perl durch:

- Menschenrechte gelten für alle!
- ... auch an den EU – Außengrenzen: Solidarische Migrations- und Flüchtlingspolitik statt Abschottung!
- Nein zum Krieg!



Im Anschluss wurde ein Solidaritätskreis auf dem Place des Étoiles in

Schengen, bei der Grenzbrücke gebildet, bei dem Stellungnahmen des grenzüberschreitenden Netzwerks QuattroPax zu den oben genannten Themen verlesen wurden.

Aufgerufen zu Mahnwache und Kundgebung hatte QuattroPax*:
AG Frieden Trier (D); Association Républicaine des Anciens Combattants - Vosges (F) ; Cercle Vivi Hommel asbl (L) ; Coalition luxembourgeoise pour la paix – COLUPA (B) ; Deutsche Friedensgesellschaft -Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK Rheinland-Pfalz (D); Friddens- a Solidaritätsplattform Lëtzebuerg – FSPL (L); Friedensnetz Saar (D); Justice et Paix Luxembourg (L); Le Mouvement de la Paix, comité des Vosges (F); Mouvement pour une Alternative Non-violente Nancy – MAN Nancy (F) ; Pax Christi Saar (D), Pax Christi Diözesanverband Trier (D).

Waltraud Andruet

Meine Friedensradfahrt von Erfurt nach Leipzig zum Friedenskongress 75 Jahre pax christi Deutschland „ ... und sie erlernen nicht mehr den Krieg.“

Zu dem Motto „Frieden für die Ukraine und überall. Friedensarbeit der Zukunft-Wie geht das?“ hatte die pax-christi-Bistumsstelle Rhein-Main/Regionalverband Limburg Mainz zu einem Rad-Pilgern von Erfurt nach Leipzig eingeladen. Anlässlich des 75 -jährigen Bestehens der katholischen Friedensbewegung pax christi in Deutschland hatte der pax-christi-Bundesvorstand einen Friedens-kongress vom 19. Bis 21. Mai in Leipzig ausgerichtet. Sechs Gruppen aus zwölf Diözesan- bzw. Regionalverbänden griffen den Vorschlag des Bundesvorstandes auf und gestalteten den Weg zum Kongress in Leipzig als gemeinsames Unterwegs-Sein. Buße, Sühne, Erneuerung und Völkerverständigung war das Anliegen der Gründergeneration auf den Routes von pax christi vor 75 Jahren. In den Tagen vor dem Kongress, über Christi Himmelfahrt, sind wir mit knapp 30 Friedensfahrer/innen zu einem Radpilgern aus dem Gebiet Rhein-Main- Saarland aufgebrochen. Wir starteten am 16.5.2023 abends in Erfurt, wo wir uns zum Abendessen getroffen hatten. Danach wurde nach einer Vorstellungsrunde vom bewährten Orga/Team die Route vorgestellt. Es hat mich besonders gefreut viele meiner

Friedensradfahrer/innen vergangener Touren wiederzusehen. Darauf habe ich mich das ganze Jahr schon gefreut. Nach den Infos gab es noch einen Gesprächsabend mit Jörg Seiler, Historiker und Pax christi Mitglied aus Erfurt. „Zum politischen Engagement von Christinnen in „Ostdeutschland“ während der demokratischen Wende (1985 – 1995)“.

Nach dem Frühstück im Priesterseminar von Erfurt, wo wir übernachtet hatten, brachen wir am kommenden Morgen auf, um nach Buchenwald und Weimar zu radeln. Unseren morgendlichen geistlichen Impuls hielten wir am Standort: „Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz“. Das war der Start der Thematik Erinnerung. Ein Dank gilt Thomas Wagner, der uns während der Friedensfahrt mit dem geistlichen Impuls auf den Tag einstimmte und uns mit umfassenden Kenntnissen mit der Geschichte vertraut machte, und damit waren wir schon mitten in der Erinnerungsarbeit.

Danach radelten wir in Richtung Gedenkstätte Buchenwald. Nach anspruchsvollen 22,5 Km erreichten wir das Lager Buchenwald. Bewusst wurde es hoch oben vor den Toren der Stadt Weimar auf dem Ettersberg von der SS errichtet. Zwar schön gelegen und mit schöner Aussicht waren die Menschen dort Wind und Wetter ausgesetzt – eine böse Ironie der Erbauer? Es war ein Konzentrationslager, das Zwangsarbeiter/innen für die Rüstungsindustrie oder auch für die Landwirtschaft bereitstellte. Die Menschen, die zu krank und schwach dafür waren, wurden in der „Euthanasie“ - Tötungsanstalt umgebracht. Die konnten wir ebenfalls besichtigen und durchlaufen, mitsamt der Krematoriumsöfen. Statt Gesundheitskontrolle gab es den Genickschuss von hinten für die Internierten. Man wollte seinen Opfern nicht ins Gesicht sehen. Eigentlich bräuhete es zwei Tage, um sich das ganze Grauen im Lager anzuschauen. Dank eines jungen engagierten jungen Historikers lebt diese schreckliche Geschichte weiter.

<https://www.buchenwald.de/geschichte/chronologie/konzentrationslager/lagergruendung> - <https://www.buchenwald.de/geschichte/chronologie/konzentrationslager/Zahlen-und-Fakten> - <https://www.buchenwald.de/geschichte/chronologie>

Um das Erlebte gut zu verarbeiten, fuhren wir mit unseren Rädern jetzt wieder durch schöne Landschaft bergabwärts 13,5 km bis zur Goethestadt Weimar. Nach dem Einchecken in der Jugendherberge ging es wieder bergab und

bergauf in die „Villa Ingrid“, wo uns Herr Norman Heidenreich, der Gründer und Direktor der Management Akademie Weimar, nach einem schönen Abendessen in der historischen Villa die Geschichte Weimar, der Goethestadt und der Villa erläuterte. Nach dem Beginn des Ukraine-Krieges und wegen der Flüchtlinge, die da kamen, gründete Norman Heydenreich zudem die Weimarer Initiative „Für Frieden und Solidarität mit der Ukraine“. Er half den Flüchtlingen, wo er konnte, bei der Wohnungssuche bei der Sprache und auch bei der Wahrung von Aufenthaltstiteln. <https://www.villa-ingrid.com/>

Spät am Abend gab es dann noch auf die Schnelle mit unseren Rädern eine kleine Stadtführung. Weimar, die Stadt der Dichter und Denker mit ihren Denkmälern, die heute auch leider für Auftritte der AfD Furore macht. Als Björn Höcke am 8. Mai vor dem Theaterplatz seinen Auftritt hatte, verhüllte das Staatstheater das Denkmal vor dem Theater demonstrativ in Gold, damit es nicht beschmutzt werde. Wenn jemand, der bekanntermaßen eine 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur fordert, an einem solchen Tag ausgerechnet in Weimar auftritt, dann sei das eine geschichtspolitische Provokation.



Am darauffolgenden Donnerstag, den 18. Mai 2023, am Christi Himmelfahrt stimmte uns Thomas wieder vor der Abfahrt mit einem geistlichen Impuls auf den Tag ein. Danach warnte er uns schon mal vor, weil an diesem Tag traditionell am „Vatertag“ viele Menschen zu Fuß und mit Ziehwägelchen unterwegs sein würden und da sei Vorsicht geboten. Wir starteten nach Naumburg mit einer Tagesetappe von 60 km. Von nun an fuhren wir sehr schöne Radwege an verschiedenen Flüssen und vielen gepflegten Schrebergärten und vielen kleinen örtlichen Festen auf der Strecke unterwegs in Richtung Naumburg. Unterwegs begegneten uns viele Menschen. Manche grüßten und zeigten Daumen hoch, als sie uns als Friedensfahrer/innen erkannten. Aber bei einer Gruppe von Männern, an denen wir vorbeifuhren, war es anders. Einer der Männer riss mir während der Fahrt meine pax christi - Fahne von meinem Fahrrad herunter mit den Worten: „Da gehört eine Deutschlandfahne hin“. Als ich hinterherlief, um mir meine Fahne wieder zu holen, ließ er sich nicht beeindrucken, sogar als ich ihm sagte. „Das ist eine Friedensfahne und keine Schwulenfahne.“ Unbeirrt ging er mit meiner Fahne weiter. Ich wehrte mich weiter, riss ihm seine Mütze vom Kopf und sagte Fahne gegen Mütze, was er ablehnte. Er fühlte sich wohl sehr stark mit seinen Kumpeln im Hintergrund und wollte auch nicht vor ihnen das Gesicht verlieren, da kam Paul mir zu Hilfe und es gelang uns dann, ihm meine Fahne zu entreißen. Die Fahnenstange war zwar gebrochen bei dem Gerangel, aber mit Klebeband konnte ich sie wieder festkleben und an meinem Fahrrad befestigen. So habe ich dann, irritiert durch die geballte rechte Aggression den Weg nach Naumburg (an der kleinen Saale entlang) fortgeführt, natürlich wollte jeder wissen was da unterwegs passiert war.

Ein schöner Ausgleich war dann die Besichtigung des Naumburger Doms, der seit 2018 UNESCO – Welterbestätte ist. Der Dom ist eines der bedeutendsten Kulturdenkmäler des europäischen Hochmittelalters, weltweit einzigartig ist seine Architektur. Wir wurden von einem jungen Historiker geführt, der uns mit viel Enthusiasmus die Geschichte näherbrachte. Am Schluss nahm er uns noch zur Turmbesteigung mit. Oben konnten wir noch viele bauliche Details bestaunen.

Danach radelten wir weiter zur Jugendherberge, die sehr schön auf dem Berg gelegen war. Eigentlich war abends nach dem Abendessen Freizeit und

Biergarten vorgesehen, da uns aber während der ganzen Fahrt der taz-Korrespondent Andreas Zumach mit seinem Liegerad begleitet hatte, nahmen wir kurz entschlossen einen Vortrag von ihm ins Programm auf. Er sprach über Frieden für die Ukraine und überall. Friedensarbeit der Zukunft - Wie geht das? mit anschließender Diskussion.

Für diejenigen die Andreas nicht kennen: Andreas Zumach lebt in Berlin, ist freischaffender Journalist und Buchautor, war von 1988-2020 Korrespondent am UNO-Sitz in Genf für die Berliner "tageszeitung" (taz) und weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten und ist Experte für Themen der Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle, Völkerrecht und Menschenrechte. Bevor Andreas mit seinem Vortrag loslegte, wurde ich vom OrGa Team überrascht, das mich wegen meines unerschrockenen Verhaltens auf der Fahrt in Goldfolie einwickelte, genauso wie das Denkmal vor dem Theaterplatz in Weimar. So haben sie mich als wehrhaft gegen Rechts geehrt.

Am Freitag starteten wir wieder nach dem morgendlichen Impuls auf unsere letzte Etappe, ca. 70 km bis Leipzig. Bei schönem Wetter ging es auf dem Saaleradweg bis Weißenfels. Dann fuhren wir den Elster-Saale-Radwanderweg über Rippach nach Röcken, wo wir den Geburtsort und die Grabstätte Nietzsches besuchten. Danach fuhren wir weiter zum Kulkwitzer See, wo wir uns bei schönstem Sonnenschein und in einem gemütlichen Restaurant schön erholen konnten.



Danach folgten wir dem sehr schönen Elster-Saale-Radwanderweg weiter bis Leipzig, wo wir dann mit Verspätung in der Jugendherberge ankamen und leider auf die historische Stadtführung verzichten mussten.

Kongress „75 Jahre pax christi in Deutschland

Wir schafften es aber rechtzeitig zum Festakt des Kongresses 75 Jahre pax christi in Deutschland, der am Freitagabend in der Propsteikirche St. Trinitatis startete. Der Bundesvorsitzende Gerold König begrüßte die Kongressteilnehmer/innen und Gäste aus aller Welt. Es wurden viele Grußworte aus Nah und Fern gesprochen und verlesen. Präsident Bischof Peter Kohlgraf griff in seiner Ansprache das Bibelzitat Jesaja 2,4 auf „und sie erlernten nicht mehr den Krieg“ und nahm die Gelegenheit wahr, den Blick nach vorne zu richten.

Der eigentliche Kongressteil fand im Zelt auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz statt, mittendrin in Leipzig, gut sichtbar auf der Straße. Dort trafen sich auch die Arbeitsgruppen und dort wurde das sehr schön gestaltete Jubiläumsfest mit vielen Begegnungen gehalten. Auf dem Platz erwartete uns eine sehr gelungene Kunstaktion, die mit den Ergebnissen des Austausches der AGs von Graffitikünstlern gestaltet und schauspielerisch begleitet dargestellt wurden. Diese Ergebnisse gibt es jetzt als Postkartenaktion.

Es war toll, das alles zu erleben, besonders, wie viele da waren und sich auf den Weg gemacht hatten. Neue Gesichter neben vielen alt vertrauten Gesichtern, Impulse, Fragen und das gemeinsame Suchen prägten diese Tage in Leipzig. Es war etwas Besonderes das mitzuerleben und zu erfahren. Wir sind gemeinsam unterwegs, ich bin nicht alleine.

Waltraud Andruet

Bolivien-Partnerschaftswoche 2023 in Völklingen

Die Bolivien-Partnerschaftswoche startet am 23. September unter dem Leitwort „**Mittendrin - Partizipation in Kirche und Gesellschaft**“.

Dazu fand am Sonntag, den 23. September der Eröffnungsgottesdienst in St. Eligius in Völklingen bei unserem pax christi Freund Michael Mayer statt. Michael war mehrere Jahre im Rahmen der Bolivienpartnerschaft in Bolivien tätig und hatte dort viele Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen. Für fünf Tage hatten die Musiker des bolivianischen Ensembles „Moxos“ ihr Quartier im Begegnungszentrum St. Eligius bezogen. Von dort aus ging es dann auf Tournee im Bistum Trier. Sie erfreuten viele Menschen mit ihrer Musik, einer Musik, die geprägt ist von Leidenschaft, Engagement und einer bemerkenswerten Qualität. Trotz des anstrengenden Programms, das Konzerte in der Jugendkirche EliJa in Saarbrücken, bei der Nacht der Kirchen in Trier, im Gottesdienst in St. Eligius, am gleichen Tag abends in der Abtei in Tholey und am nächsten Tag in Losheim beinhaltete, vermittelten die jungen Künstler Leichtigkeit und Freude an der Musik, die das Publikum mitriss.



So auch beim Eröffnungsgottesdienst in St. Eligius . Viele Freunde aus nah und fern kamen, um den Gottesdienst mitzufeiern - ein ganz besonderer Gottesdienst, der die wunderbare Gemeinschaft der Teilnehmer zum Ausdruck brachte, die auch in Michaels Predigt aufschien (Gesicht zeigte).

I.- Ein Glaube, der nicht im Pulsschlag des Lebens mit einschwingt – das ist kein Glaube. Die jungen Musiker unter uns, die das Welterbe der Jesuitenreduktionen aufleben lassen, wissen darum. Ihr Gesang, ihre Musik lässt uns einstimmen in die Gründungszeit ihres Ortes. Der Glaube soll ansteckend sein und die Herzen froh machen.

Glaube und Kultur gehören zusammen.

Aber nicht nur das: Die Gründung der Missionsorte wie San Ignacio de Moxos im 18. Jahrhundert in Lateinamerika waren gefährliche Gründungen gegen das vorherrschende System der Kolonialherren und gegen die Ausbeutung europäischer Machthaber. Sie stellten Orte des Glaubens dar, als „Triumph der Menschlichkeit“ (Voltaire), da die Jesuitenmissionare den Glaubenseinsatz mit Gerechtigkeit verbunden hatten – und es heute noch tun.

II.- Die Musik aus San Ignacio ist nicht museal, blickt nicht in Vergangenheit: **es ist eine Zukunftsmusik.** Sie stellt sich den gesellschaftlichen Herausforderungen der globalen Welt, auch da, wo einem nicht zum Singen und Tanzen zu Mute ist. Glaube will einschwingen, mitten hinein in die gesellschaftlichen Herausforderungen:

- Wir nennen die Herausforderung der **Bildung:** Die jungen Musiker hier haben Glück. Über die Musikfachschole erhalten sie eine fundierte schulische Ausbildung. Das qualifiziert sie für die Zukunft. Es macht Mut für eine bessere Zeit im Partnerland Bolivien, wo viele Kinder und Jugendliche nur eine mangelhafte Schulbildung erhalten. Wenn wir singen „**Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unserer Zeit**“, dann heißt das für unsere Partner: **Glaube und Bildungsgerechtigkeit gehören zusammen.**
- Wir nennen auch die große Frage nach der **gerechten Landverteilung.** Wenige besitzen in der Heimat der Musiker viel Land, andere fristen ihr Dasein auf kleinen Parzellen. Die einen sind die sogenannten Großgrundbesitzer – andere bangen um ihren Tageslohn. Wie geht das zusammen im Aufbau der Gesellschaft?

Unzählige pastorale Mitarbeiter in der Amazonía stehen an der Seite derer, die keine Landrechte haben. Ihr Ruf ist auch unser Ruf an diesem Sonntag: **Sonne, der Gerechtigkeit, gehe auf in unserer Welt - mit einer fairen Landverteilung!**

- Schließlich: Wir nennen die Herausforderung des verantwortungsvollen **Umgangs mit der Schöpfung**. Mitten durch die unter Naturschutz stehende Heimatregion unserer Gäste soll eine riesige Verbindungsstraße zwischen Pazifik und Atlantik entstehen. Die Moderne hält Einzug - und zerstört Naturreservate.

Vor Augen steht mir auch das, was wir mit einer Besuchsgruppe im August erlebt haben: die Verschmutzung der Flüsse durch Quecksilber im Goldabbau. Hunderte, ja Tausende müssen mit unreinem Wasser leben. Das vergiftete Wasser hat fatale Auswirkungen auf die Gesundheit.

Die Kirche in Amazonien positioniert sich, streitet mit vielen für saubere Flüsse und gesundes Trinkwasser. Sie kämpfen Tag für Tag gegen das Dunkel der Umweltzerstörung, sie erbitten das Licht und den Aufstieg der Sonne, der Gerechtigkeit: der „Schöpfungsgerechtigkeit“ für das eine Lebenshaus des Planeten.

Ein Glaube, der nicht mit einschwingt in den Pulsschlag der Herausforderungen des Lebens - das wäre kein christlicher Glaube.

Glaube und Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille.

Wer das verrät, verrät das Evangelium.

III. Stimmt das so? Stellt das Matthäusevangelium am Beginn der Bolivienpartnerschaftswoche nicht sogar Verrat an der Gerechtigkeit dar?

Die einen arbeiten den ganzen Tag über in glühender Sonne, die anderen kommen am Ende des Tages. Sie alle erhalten den gleichen Lohn. Die ersten kommen früh in der dritten Stunde, andere in der sechsten oder neunten Stunde. Kurz vor Feierabend, dann die Letzten, die manche als „Faulenzer“ bezeichnen würden. **Alle erhalten den gleichen Lohn.**

Wäre hier nicht das Eingangsglied „Sonne der Gerechtigkeit“ als ein Protestlied anzustimmen: fairer Lohn für die geleistete Arbeit?

*- Das Recht wird in diesem Gleichnis nicht gebrochen, die Vereinbarungen werden gehalten. **„Mein Freund, dir geschieht kein Unrecht. Hast Du nicht einen Denar mit mir vereinbart?“**. Die Rechtsordnung bleibt im Evangelium gewahrt. Kein Rechtsbruch!

Und der Weinbergsbesitzer zahlt aus seinem eigenen Vermögen, nicht auf Kosten anderer.

Er geht auch nicht über das Recht *hinweg* - er geht über das Recht hinaus:
Er ist mehr als nur gerecht!

Er zahlt nicht weniger - **er zahlt mehr, mehr als er müsste**. Das MEHR an Güte lässt er sich von niemanden verbieten. GÜTE lässt sich nicht einfordern, nicht gerichtlich einklagen. Sie ist - wie die Liebe – frei geschenkt.

IV. Ist das die Überraschung unseres Gottes?

Er gibt nicht nur jenen Lohn, die ihn verdient haben. Er schaut auch nach denen, die nicht viel oder nichts verdienen können. In seiner Güte fragt er nicht nach Leistung. Er hat vielmehr einen Blick für die, die gerne übersehen werden.

Auf den Marktplätzen des Lebens und auf den Arbeitsmärkten der Welt zeigt er eine andere Perspektive **Er fragt: Wie kann man die fördern, die keine Chance haben?**

Gott hört jene, die die schmerzliche Erfahrung machen müssen:

„Niemand hat uns angeworben.“ (v 7).

Der Gott Jesu Christi glaubt an die Menschen, besonders an jene, die im Wettbewerb der Leistungen unterzugehen drohen. Das Schicksal derer, die sagen müssen: **„Niemand hat uns angeworben, niemand will uns, niemand schenkt uns Achtung und Beachtung“ (v 7)** rührt ihn an.

Er richtet seinen Blick auf die, die verletzlich sind; die am Rande stehen.

Die Option für die, die niemand haben will, ist Gottes Option.

Es ist der Gott des Lebens, der, **mit Bartolomé de Las Casas** gesprochen, **„eine ganz frische und sehr lebendige Erinnerung an das Kleinste und das Vergessenste hegt.“**

Seine Option für die Armen steht uns nicht nur gut zu Gesicht, sie ist sein Herzensanliegen: **Gerechtigkeit zusammen mit einer provozierenden Güte.**

Im Anschluss war noch Gelegenheit zu Gesprächen und dem Kauf von CDs.

Hier diese Infos dazu.

[Bolivienpartnerschaft: Veranstaltungen zur Partnerschaftswoche 2023 \(bistum-trier.de\)](http://bistum-trier.de)

<https://www.bolivienpartnerschaft.bistum-trier.de/mitmachen/begegnungsreise-nach-deutschland-2022/tournee-ensemble-moxos-2023>



Der Diözesanvorstand (v.l.n.r.): Hope Rauguth, Joachim Willmann, Albert Ottenbreit, Waltraud Andruet, Werner Schwarz, Dominic Kloos

Die Mitglieder des Diözesanvorstandes mit ihren Funktionen und Kontaktdaten:

Vorsitzender

Horst Peter Rauguth, Kalkofenstraße 46a, 66125 Saarbrücken Fon: 06897. 95 29 897, E-Mail: hp.rauguth@paxchristi.de

Geschäftsführer

Dominic Kloos, c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Frübelstraße 9, 56073 Koblenz
Fon: 0261. 899 26 284, E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

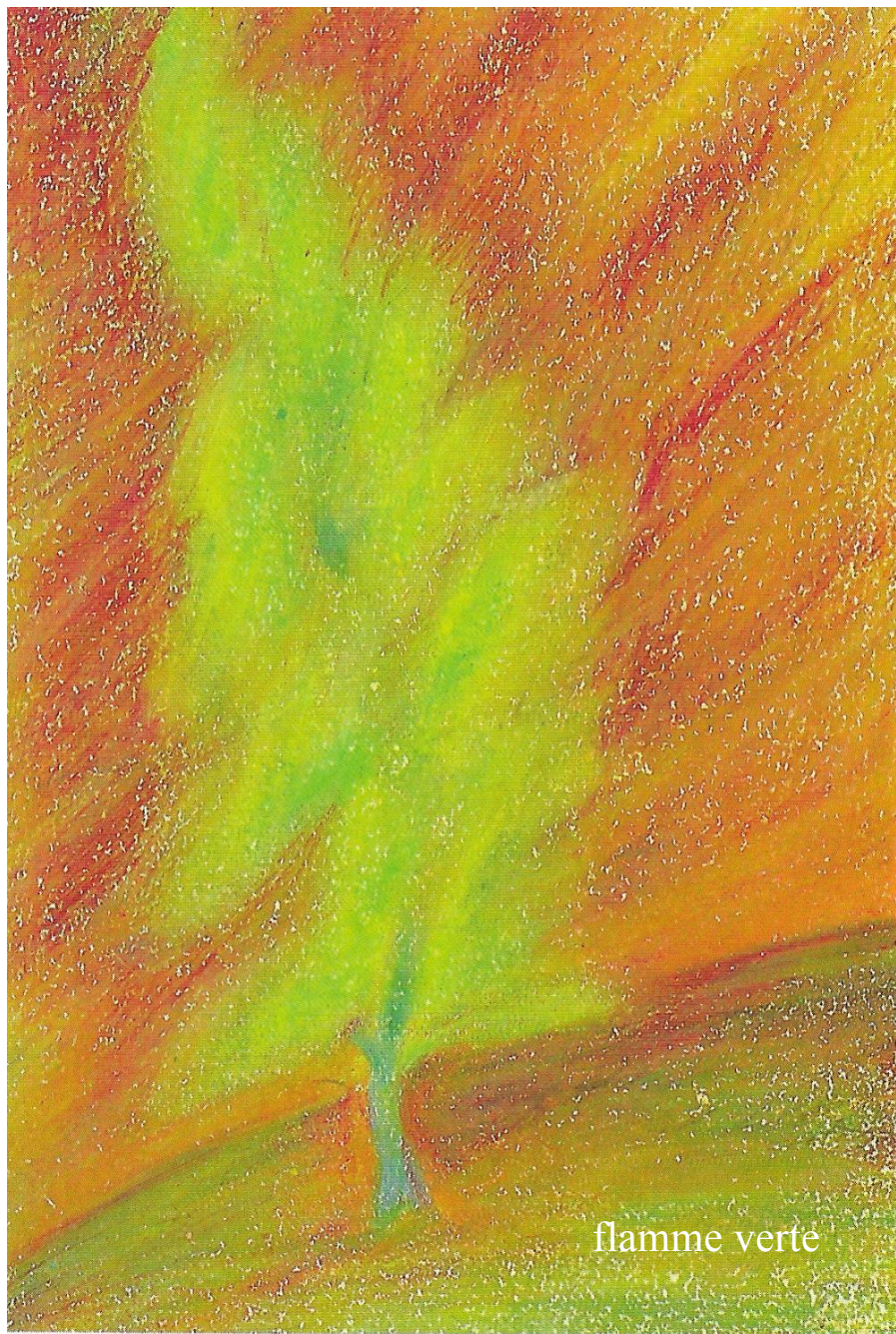
Weitere Mitglieder des Vorstands

Waltraud Andruet, Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen
Fon: 06838. 82220, E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen
Fon: 06588. 7760, E-Mail: wernerschwarz40@aol.com

Albert Ottenbreit, Riegelsberger Str. 25, 66113 Saarbrücken
Fon: 0681. 68 60 55 92, E-Mail: albert.ottenbreit@web.de

Joachim Willmann, Belinger Straße 39, 54516 Wittlich
Fon: 06571. 3954, E-Mail: jowillmann@aol.com



flamme verte